

Abonnementspreis: In ganzen deutschen Reichs: Ausserhalb des deutschen Reichs tritt Post- und Stempelzuschlag hinzu.

Dresdner Journal.

Berantwortliche Redaction: Oberredacteur Rudolf Wänther in Dresden.

Inseratennahme anwärtig: Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des Dresdner Journals.

Amtlicher Theil.

Dresden, 15. Mai. Ihre Majestät die Königin sind heute Vormittag 10 Uhr aus Italien hier wieder eingetroffen und haben sich nach der königlichen Villa in Strahlen begeben.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende allgemeine Berufszählung, für welche der 5. Juni 1882 als Termin in Aussicht genommen ist, hat das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts, wie hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht wird, zu genehmigen beschlossen, dass die an den öffentlichen Schulen seines Ressorts beschäftigten Lehrer, welche sich an dem Zählgeschäfte beteiligen, so weit nöthig, an dem bezeichneten Tage von der Ertheilung des Unterrichts dispensirt werden.

Dresden, am 9. Mai 1882. Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts. v. Serber. Fiedler.

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht:

- Telegraphische Nachrichten. Zeitungsschau. Tagesgeschichte. Ernennungen, Versetzungen u. im öffentl. Dienste. Dresdner Nachrichten. Eingeladene. Feuilleton. Tageskalender. Literate. Beilage. Reichstagsverhandlungen. (Sitzung vom 13. Mai.) Dresdner Nachrichten. Provinzialnachrichten. Vorjennachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Prag, Montag, 15. Mai, Mittags. (Priv.-Tel. d. Dresdn. Journ.) Zur Wahl eines Reichstagsabgeordneten des Großgrundbesitzes sind die Wähler der Reformpartei nicht erschienen. Die Wahl des konservativen Candidaten Baron Radherny ist zweifellos. (Vergl. unsere Prager Correspondenz unter „Tagesgeschichte“.)

Paris, Montag, 15. Mai. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Das vom Viranus kommende französische Geschwader wird sich in Kreta mit dem von Korfu kommenden englischen vereinigen; beide geben dann gemeinschaftlich nach Aegypten ab. Frankreich und England sandten ihren Vorgesetzten bei den nächsten identische Depeschen, worin die betreffs Aegyptens getroffenen Maßregeln auseinandergesetzt werden.

Belgrad, Sonntag, 14. Mai, Abends. (Corr.-Bur.) Der Archimandrit Pelagic, welcher an einem Arbeitergrabe eine communistische Rede hielt und an dem letzten Theaterkandal sich beteiligte, wurde aus Dhrumelien ausgewiesen.

Feuilleton.

Redigirt von Otto Sandt.

Die Eröffnung der Kunstausstellung.

In der gestrigen Mittagsstunde fand die feierliche Eröffnung der diesjährigen, von der k. Akademie der bildenden Künste veranstalteten Kunstausstellung statt. Auch in diesem Jahre wurde der Ausstellung die hohe Ehre zu Theil, durch Se. Majestät den König persönlich eröffnet zu werden. Zugegen waren Se. Königl. Hoheit der durchlauchtigste Curator der Kunstakademie, Prinz Georg, Herzog zu Sachsen, Se. Exc. der Königl. Herr Commissar bei der Kunstakademie, Staatsminister v. Köhly, Ballwig, sowie die Mitglieder des akademischen Rathes; außer den eingeladenen wirklichen und Ehrenmitgliedern der Akademie waren als Ehrengäste noch anwesend Se. Exc. der Herr Generaldirector der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, Staatsminister Dr. v. Serber, und Herr Geh. Hofrath Dr. Rohmann, die Herren Geh. Regierungsräte Stöcker und Schmiedel, ferner Herr Hofrath Straß, Director der Königl. Kunstgewerbeschule, Herr Oberstlieutenant v. Göy nebst den Vorstandsmitgliedern der diesjährigen Kunstgenossenschaft und Herr Oberbürgermeister Dr. Stöbel mit denen des sächsischen Kunstvereins. Se. Majestät, begleitet vom Generaladjutanten Herrn Generalleutnant v. Carlowitz, wurde namens der Versammlung durch Herrn Galeriedirector Prof. Dr. Häbner ehrenvoll begrüßt und gerühte hierauf von den in den sämtlichen Ausstellungssä-

Konstantinopel, Sonntag, 14. Mai, Nachmittags. (B. T. B.) Die türkisch-russische Convention, durch welche die Zahlung der Kriegsschadigung geregelt wird, ist heute unterzeichnet worden.

Konstantinopel, Montag, 15. Mai. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Der Staatsdampfer „Koukademei Rusret“ hat im schwarzen Meere Schiffbruch gelitten. 55 Personen sind ertrunken, darunter der Commandant. Von 50 Geretteten sind mehrere schwer verwundet.

Athen, Montag, 15. Mai. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Das französische Geschwader im Piräus ist gestern Abend nach Alexandrien abgegangen.

Kairo, Sonntag, 14. Mai, Abends. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Infolge eines Arrangements zwischen den Notabeln und dem Scheich hat der Präsident des Ministerraths, Mahmud Pascha, demissionirt. Der Minister des Auswärtigen, Mustafa Pascha, soll den Vorsitz im Cabinet übernehmen, weigert sich aber bis jetzt noch.

Dresden, 15. Mai.

Ueber die durch die Ablehnung des französischen Handelsvertrags durch die Zweite Kammer der Generalstaaten in den Niederlanden eingetretene Cabinetkrise liegen nunmehr nähere Nachrichten vor, welche ergeben, dass die Kammer mit ihrem Beschlusse weniger dem Ministerium ein Votum von Unvertrauen erteilt, als vielmehr sich nur gegen die Ansprüche der Franzosen wehren wollte, welche bei dem Handelsvertrage von dem Recht des Stärkeren einen allzu großen Gebrauch gemacht haben. Die Haupteinwendungen gegen den Vertrag richteten sich gegen 1) den Eingangszoll auf das Rartoffelmehl, den Frankreich bedeutend erhöhte; 2) den Artikel, welcher die Einfuhr französischer Handelsproducte in die Colonien auf gleichen Fuß stellt mit solchen der meist begünstigten Nation; 3) die Beschränkung der Kohlenausfuhr. Frankreich hatte sich aber um die Einwendung wenig gekümmert und hinsichtlich des Tarifs keine einzige Concession gemacht. Das Kartoffelmehl sollte mit 4 Frcs. per Kilometer zollpflichtig bleiben u. s. w. Im dritten Punkte hatte die französische Regierung zum Ausdruck „begünstigte Nation“ die Beifügung „fremden“ gewünscht. Der neue Vertrag ließ ferner das Verbot auf die Kohlenausfuhr bestehen. Die Abweisung des Vertrages mit 43 gegen 37 Stimmen konnte nur dadurch erzielt werden, dass ein Theil der parlamentarischen Linken sich zu der Rechten gesellte und gegen den Vertrag stimmte. Noch sonderbarer aber klingt es, dass die Mehrheit sowohl aus Schutzländern, als auch aus Vertheidigern des Freihandelsystems bestand. Das gedachte Ergebnis ist denn auch keineswegs ausschließlich auf volkswirtschaftliche Gründe zurückzuführen. Man darf im Gegentheil behaupten, dass eigentlich politische Rücksichten bei der in Rede stehenden Abstimmung der Zweiten Kammer den Ausschlag gaben. Denn doch im Falle der Ratifizierung des Vertrages, namentlich nachdem erst vor einigen Tagen das volkswirtschaftliche Programm des Cabinets mit Bezug auf die ostindischen Colonien seitens der Zweiten Kammer verurtheilt worden war, sämtliche Mitglieder des Ministeriums sich veranlaßt sehen würden, zurückzutreten, dürfte als zweifellos gelten. In der That verlor der Finanzminister und Cabinetchef Herr v. Lynden von Sandenburg Tags darauf in beiden Kammern eine im Ministerrath vereinbarte Erklärung des Inhalts, dass die Volksovertretung in den jüngsten Tagen zwei äußerst wichtigen Fragen

men aufgestellten Kunstwerken eingehende Kenntnis zu nehmen.

Später wurde die Ausstellung dem Publicum geöffnet, welches sich bereits am ersten Tage ziemlich zahlreich einfindet. Die Ausstellung macht einen günstigen Eindruck. Nach dem bereits ausgegebenen Katalog enthält dieselbe über 300 Kunstgegenstände aller Art, darunter vornehmlich Gemälde und Sculpturen, sind doch auch unsere Meister Fajnel und Schilling durch Schöpfungen vertreten. Auch das äußere Arrangement ist ein ungleich gefälligeres, als in früheren Jahren. Jedenfalls stellt die diesjährige Ausstellung dem kunstliebenden Publicum eine Reihe genußvoller Stunden in Aussicht.

Deutsche Galeriengemälde auf der internationalen Kunstausstellung in Wien.

Der bekannte Kunstcritiker und Maler Friedrich Voigt constatirt in einer in Nr. 8 des „Deutschen Kunstblattes“ erschienenen Besprechung der Wiener Ausstellung, dass der auf dieselbe errungene Sieg der deutschen Kunst über die französische, die er übrigens mit starker nationaler Voreingenommenheit behandelt, vor Allem der Beistimmung der Galerien von Berlin und Dresden zu danken sei. „Dieses so außerordentlich erfreuliche Resultat“, schreibt er, „wäre aber niemals erzielt worden, ohne die außerordentlich sorgfältige Auswahl nur des Besten, sowie die nicht gering anzuerkennende Beihilfe der daselbst befindlichen Staatssammlungen in Berlin und Dresden. Beide Galerien sind jetzt schon eine wahre Wohltat für uns geworden, speciell den uns in der Kunstpflege des Staates so außerordent-

liche Befähigung verleiht habe. Während der Ministercouncil das seitens des Colonienministers eingereichte Entlassungsgesuch in Erwägung gezogen hatte, wurden die übrigen Minister infolge der Bemerkung des französischen Handelsvertrags veranlaßt, bei dem König um ihre Entlassung einzukommen. Daher forderte die Regierung die Kammer auf, jede weitere Debatte bis nach der Entscheidung des Königs einzustellen. Die Erste Kammer willführte dieser Bitte ohne Weiteres. In der Zweiten Kammer wurde dagegen seitens des Abg. van Houten von der äußersten Linken eine Resolution beantragt, dahin gehend, daß bei der Bildung eines neuen Cabinets namentlich auf die Nothwendigkeit einer Wahlreform Rücksicht genommen werden möge. Dieser Antrag oder vielmehr das Verlangen, denselben vor der Hand in Erwägung zu ziehen, stieß auf vielseitige Bedenken. Schließlich entschied die Versammlung mit 69 gegen 2 Stimmen, daß der Zeitpunkt der Eröffnung der Beratungen über den gedachten Antrag später festgestellt werden solle, oder, mit anderen Worten, derselbe wurde vorläufig ad acta gelegt.

Die einflussreichsten Tagesblätter des Landes stellen sich keineswegs auf Seiten der Zwittermajorität, welche die jetzigen Verhältnisse herbeiführt. Jedenfalls muß es vorläufig dahingestellt bleiben, ob der König wirklich das Entlassungsgesuch des Ministeriums entgegennehmen wird. Ueber die Beweggründe, welche das Verhalten Frankreichs gegenüber den Niederlanden bestimmt haben dürften, giebt eine Amsterdamer Correspondenz der „Germania“ interessanten Aufschluß. Es heißt in derselben: „Eigentlich bedeutet die wiederholte Ablehnung des französischen Handelsvertrags gar keine Niederlage unserer Regierung. Fast sämtliche Opponenten erklärten, daß die Regierung unterhandelt in Paris das Möglichste erreicht hätten; aber mit diesen Erwartungen kann unser Handel sich nicht zufrieden geben. Frankreich hat uns nur deshalb keine günstigeren Bedingungen zugesprochen wollen, weil es sich Deutschland gegenüber nicht auf solchen Bedingungen herbeilassen wollte; um sich zu Repressalien gegenüber Deutschland freie Hand zu lassen, wollte Frankreich von einer Erniedrigung seiner Tarife zu Gunsten unserer Einfuhrartikel nichts wissen. Unter diesen Umständen hätte nach vieler Meinung unsere Regierung lieber von vornherein auf den Abschluß eines Separatvertrags verzichtet sollen. Den allgemeinen Tarif brauchen wir nicht zu fürchten; wir bleiben ganz frei in unseren Bewegungen. Eine Abfälligkeit unserer Beziehungen zu Frankreich braucht nicht befürchtet zu werden, und jedenfalls ist sie weniger gefährlich, als wenn wir der französischen Politik, die gegen Preußen ihre Spitze richtet, Vorhülfe leisteten. Aber von diesen internationalen Complicationen ganz abgesehen, die zahlreichen Petitionen aus allen unseren Handels- und Fabrikkreisen, welche sämtlich auf Verbesserung des Tractates hinarbeiteten, beweisen auf das Klarste, daß das Votum der Zweiten Kammer (43 gegen 37 Stimmen; die Rechte, weniger 3 Mitglieder, und 13 Mitglieder der Linken bildeten die Majorität) im Interesse unserer nationalen Handelspolitik mit Genehmigung zu begrüßen ist, selbst wenn das Ministerium auf seiner Demission bestehen würde.“

Der italienische Senat hat mit einer unerwartet großen Majorität das Gesetz über die Einführung der Listenwahl genehmigt, nachdem die auf Erweiterung der Minoritätenvertretung gerichteten Amendements abgelehnt worden waren. Im Ganzen votirten 197 Senatoren, von welchen sich 126 dafür und 71 dagegen aussprachen. Somit ist auch der zweite Theil der Wahlreform eine vollbrachte Thatfache, und es bleibt nichts mehr zu thun übrig, als dieses neue Gesetz in Anwendung zu bringen. Die conservati-

ve überlegenen Franzosen gegenüber, die uns bisher bei jeder Ausstellung so ungenehm in Nachtheil brachten, da die Regierung nur ihr Magazin zu öffnen brauchte, um das Beste, was die französische Schule seit Jahren erzeugt hatte, uns gegenüber zu stellen, die in der Regel gerade das Gute längst nicht mehr zur Disposition hatten. Sind wir also auch noch weit davon entfernt, mit dem französischen Reichthum an großen historischen Bildern, wie sie nur der Staat besitzen und verwenden kann, concurriren zu können, um so mehr, als in München, der Hauptmalerstadt, der Staat seiner Pflicht in dieser Beziehung so gut wie gar nicht nachkommt, so reicht doch schon die den Berliner und Dresdner Sammlungen entnommenen, überdies nichts weniger als zahlreichen Bilder aus, um unsern Erfolg zu sichern. Warum man wieder aus Berlin, nach Dresden eine der herrlichen Landscapen schickte, die Lessing in den letzten Jahren gemalt, warum man Knauts und Pöbke so ungenügend repräsentirt ließ und weder den Monumen des Erleren, noch die Königin Carola des Zweiten sandte, ist mir wenigstens unbegreiflich. Was die letzte Bemerkung betrifft, so ist zu erinnern, daß die Auswahl der auszustellenden Gemälde den von der Kunstgenossenschaft bestellten Sammelcommissionen zu überlassen war und daß die Bewusstseins wie die Privatbesitzer nur entweder zuzustimmen oder abzulehnen hatten. In der Dresdner Galerie, bez. der Sammlung der Aquarelle hat die hiesige Commission Hofmann's „Christus im Tempel“, Vogel's Bildnis des Professors Peschel, Thiele's Winterjagdstück, Mohr's Landscap aus der sächsischen Schweiz, die Münchner Schönecker's „Ebbe in Bliffingen“, welche der genannte Critiker mit Recht

Partei des Senats hatte alle ihre Kräfte aufgeboten, aber sie konnte nur 71 Stimmen für sich gewinnen; das Gesetz wurde mit einer Stimmenmehrheit von 55 angenommen. Wenn jemals, so wäre bei der Beschlußfassung über diese Vorlage die Möglichkeit gegeben gewesen, daß vom Senat eine heilsame Einwirkung auf die Gestaltung der Gesetze ausgeht wäre. Denn die Beschränkung der Zulässigkeit der Minoritätenvertretung auf diejenigen Wahlkreise, welche 5 Abgeordnete wählen, war nicht nur eine ganz principielle, sondern mit den eigenen früheren Beschlüssen der Deputirtenkammer im Widerspruch stehende Maßregel. Sie bildete lebhaft das Ergebnis eines der Sache selbst fremden Compromisses zwischen der Regierung und dem oppositionellen Theile der Linken. Es schien unglücklich, daß der Senat, für welchen die Motive jener Einschränkung nicht existirten, das Etablierte der Deputirtenkammer unanändert annehmen würde; gleichwohl ist dies geschehen. Die „Opinion“, ein Organ der Rechten, führt den Beschluß des Senats theils auf die Stimmen der von der Regierung abhängigen Administrationsbeamten im Senat, theils auf die Neutralität des Principes der Minoritätenvertretung zurück. Natürlich können diese Gründe einer Körperschaft, welche die höchste politische Intelligenz des Landes darstellen soll, nicht zur Entschuldigung gereichen, und so sagt denn das genannte Blatt, diese Abstimmung, welche eine Niederlage der Principien der Gerechtigkeit und der wahren Freiheit ist, werde schwerlich dazu beitragen, die Achtung vor dem Senat zu erhöhen. — Andererseits erklärt die mit dem Beschluß des Senats einverstandene radicale „Capitale“, daß sie gleichwohl nicht aufhören werde, die Erstlingsberechtigung des Senats zu bekämpfen. Der Senat hat also mit seinem Beschlusse den Platz zwischen zwei Stühlen eingenommen. Wenn das oben genannte radicale Blatt übrigens den Beschluß des Senats als eine entschiedene Niederlage der Rechten darstellt, so ist dies ein falscher Gesichtspunkt; denn das Princip der Minoritäten ist in der nachdrücklichsten Weise gerade von zwei Abgeordneten der Linken, Locova und Genala, vertreten und ist vor wenigen Wochen von einer starken Majorität der Kammer, von der die Rechte nur einen Theil bildete, ausdrücklich gutgeheißen worden. Nachdem die Frage des Listenrecrutaments vom Senat gelöst wurde, ist das Ministerium bezüglich der zukünftigen Wahlen in den Besitz voller Aktionsfreiheit getreten. Es hat nun eine mächtige Waffe in der Hand, sich gegen jeden Versuch einer Krise zu vertheidigen. Der Ministerpräsident Depretis hat auch bereits an alle Präfecten und Syndici entsprechende Verordnungen erlassen.

Tagesgeschichte.

Dresden, 15. Mai. Ihre Majestät die Königin traf heute Vormittag 10 Uhr aus Italien mittelst Courierzuges in Begleitung Sr. Majestät des Königs — Allerhöchsterwählter Ihrer Majestät heute früh mittelst Estrazuges bis Freiberg, wo sich Ihm Hr. Generaladjutant v. Carlowitz und Hr. Kreisoberhauptmann v. Einsiedel angeschlossen hatten, entgegengefahren war — hier am böhmischen Bahnhofs ein. Bereits in Jwikau wurde Ihre Majestät durch eine Deputation, an deren Spitze Oberbürgermeister Streif, Geh. Regierungsrath Dertel, Landgerichtsdirector Dr. Wolf und sämtliche Stabsoffiziere sich befanden, ein festlicher Empfang bereitet. Auch in Chemnitz waren zu Allerhöchsterwählter Empfang die Spitzen der Behörden und Vertreter des Albertvereins erschienen. In Freiberg nahm Ihre Majestät die ehrenvollste Begrüßung entgegen von den Herren Reichshauptmann v. Einsiedel, Amtshauptmann Dr. Fischer, Bürgermeister Claus, Oberstlieutenant Haberland, Majoren v. Windwig und Unruh, Landgerichtspräsident Just, Staats-

als ein classisches Werk bezeichnet, die Düsseldorf'er endlich Bantier's „Langpaar“ und Demhien's „Steuerzahntag“ ausgewählt. Allerdings ist Knaut in der Dresdner Galerie wie in der Berliner weit glücklicher vertreten, als auf der Wiener Ausstellung; auch besitzt erstere, wie bekannt, eine der hervorragendsten von Lessing's letzten Landscapen. Das nach Wien gelangte Pöbke'sche Gemälde aber zählt ohne Frage zu den vollkommensten Schöpfungen des Künstlers und zu den besten Werken der Ausstellung.

Residenztheater. In den letzten Tagen, und zwar am 12. Mai zum ersten Male, wurde an dieser Bühne eine dreiactige Selbstopferte von Böken und Justus unter dem Titel „Kryz-Bryk“ gegeben. Die Aufnahme war in Summa über Erwarten günstig, denn bei Ausführung von Schmähen und Possen kommt jetzt allen Theatern eine merkwürdige Anspruchslosigkeit des Publicums hülfreich entgegen. Troßdem die moderne Welt unter Ueberladung von Theatergenüssen leidet, ist doch das Bedürfnis so groß und der Magen so gut, daß Hunger zum besten Koch wird und der Rüche alle kostbaren Juchten erpar.

Die für die Production der Voss's heutigen Tages so sehr fehlenden Elemente sind gesunder Uebermuth, heitere, aber dem Gegenstand stehende Satire und frische Poesie. Und selbst wenn zwei Schriftsteller, oder passender gesagt Fabrikanten, zulasten treten, pflegt durch diese Concentration auf die Erfindungskraft nicht etwa doppelt, sondern gewöhnlich nur noch halb so stark zu werden, als sie bei einem talentirten Einzelwesen sein sollte. Vielleicht geniren sich in Deutschland die lit-

anwalt Bernhard, Bergamtsdirector Braunsdorf u. A. Zur Bewillkommnung Allerhöchsterseits in Dresden hatten sich Ihre königl. Hoheiten der Prinz Georg, die Frau Prinzessin Georg, Prinz Friedrich August und Prinzessin Mathilde eingefunden. Zum ehrfurchtsvollen Empfang Ihrer Majestät waren erschienen die Herren Staatsminister, Vertreter mehrerer am königl. Hofe accreditirten Gesandtschaften, die zum königl. Hofe gehörenden Herren, der Stadtcommandant Generalleutnant v. Junke, Generalleutnant v. Rudorff, Polizeipräsident Schwauf, Oberbürgermeister Dr. Seibel nebst mehreren Stadträthen, geh. Medicinalrath Dr. Fiedler, die Amtshauptleute v. Wegsch und Dr. Schmidt, Oberst v. Rindow, Oberst v. Rostig, Oberst v. Gerini, Oberstleutnant Dr. Raundorff, Generaldirector Geh. Rath v. Tschirsky, der Präsident des evangelisch-lutherischen Landesconsistoriums Ulbe, die Consistorialräthe Superintendent Dr. Franz und Superintendent Dr. Meier, Consistorialrath Pastor Dr. Dibelius, letztere 3 Herren zugleich als Vertreter der Stadtgesellschaft. Ihre Majestät geruhete nach der Ankunft in baldwollster Weise von Vielen der anwesenden Herren und Damen Begrüßung und Glückwünsche entgegenzunehmen. Beim Austritt aus dem königl. Wartesaal wurde Ihrer Majestät ein festlicher Empfang bereitet. Etwa 500 Schülerinnen der oberen Klassen der Schulen beider Confectionen der Refectoren, alle gleich in Weiß und Grün gekleidet, ferner eine große Anzahl von Deputationen hiesiger Jungfrauen, der Schützengilde, der Gesang-, Turn- und Militärvereine mit ihren Fahnen und Musikcorps waren auf dem Wege vor dem Bahnhofgebäude aufgestellt. Beim Austritt wurde beiden königl. Majestäten von dem Festordner Schuldirector Heger ein Hoch ausgedrückt, in welches die zu Tausenden zahlende Versammlung in freudiger Stimmung über die in voller Gesundheit erfolgte Rückkehr Ihrer Majestät begeistert einstimmt. Gleichzeitig wurde Ihrer Majestät der Königin von einer Schülerin ein Bouquet überreicht. Während dem stimmten die vereinigten Musikcorps die Schützengymne an, deren erster Vers von der Versammlung und den Schulführern gesungen wurde. Die Feststimmung wurde selbst durch den eintretenden Regen nicht beeinträchtigt; unter nicht endemühsamen Jubeln und Ausrufschreien des Publicums begaben sich Ihre Majestäten hierauf noch der königl. Villa in Strahlen. An der Thürgrenze dieses Hofes waren zwei mit Flaggen in den sächsischen Farben decorirte Wäpse aufgestellt, und links daneben hatten die betreffenden Wirthschafter außer einem reizenden Blumensteppich ein reiches „Willkommen“ aus Pyrethrum hergestellt. Am Haupteingange des königl. Palais war durch das Comité eine prachtvolle Ehrenpforte erbaut, die den reichsten Blumen Schmuck aus Italien, Syrien, Griechenland und Cyprien zeigte. Die Gruppierung war eine höchst malerische. Im Park selbst wurde Ihre Majestät im Namen der Einwohnerschaft Strahlens von einer Anzahl wechselliebender Mädchen mit grünblühenden Schürzen, sowie von dem Gemeindevorstande und zwei anderen Einwohnern empfangen. Der Erstere hielt eine herzliche Ansprache und gab der großen Freude Ausdruck, die über die glückliche Genesung und die von allen treuen Sachsen schon längst ersehnte Rückkehr Ihrer Majestät der Königin unter der Einwohnerschaft Strahlens herrschte. Hierauf wurde Ihrer Majestät von einem jungen Mädchen unter gleichfalls bewegten Worten ein Bouquet überreicht, und die übrigen Mädchen streuten bis in das Palais schöne Frühlingsblumen.

Berlin, 14. Mai. Da das Befinden Ihrer königl. Hoheit der Frau Prinzessin Wilhelm und des neugeborenen Prinzen andauernd gut ist, werden regelmäßige Bulletins nicht mehr ausgegeben. — Der wirkl. geh. Oberregierungsath im Ministerium des Innern, Dr. Dahn, welcher schon vor einigen Monaten seine Pensionierung beantragt, aber nicht erhalten hatte, hat jetzt das Gesuch um seine Entlassung aus dem Staatsdienst bis 1. October erneuert und ist auf seinen Wunsch bis dahin beurlaubt worden. — Ueber einen für den gegenwärtig in der höchsten parlamentarischen Vertretung der deutschen Nation, dem deutschen Reichstage, herrschenden Ton bezugnehmenden Vorfall bemerkt die „N. Fr. Ztg.“ Die Geschäftsordnung des Reichstages verbietet das Ablegen von Reden. Der Präsident v. Dreyer glaubte in der vorgestrigen Sitzung zu bemerken, daß der Abg. Mayer (Württemberg) seinen Vortrag aus einem Concept ablas. In seiner Information ermahnte er deshalb den Schriftführer Grafen Kleist in dessen amtlicher Eigen-

enschaftigen Compagnons vor einander und verstehen es noch nicht wie die Franzosen, sich in gemeinschaftlicher Arbeit gegenseitig zu ergänzen.

Der alte Grundgedanke dieses Stückes, daß sich gelangweilte Ehegatten gern zuweilen unter dem Deckmantel fingirter Geschäfte in der Hauptstadt amüsiren, hat schon oft seine Probe bestanden und konnte recht wohl noch öfter variirt, auch auf das schwache Geschlecht übertragen und mit manchen Zeitcaricaturen — wie es hier das Unwesen des Gesangsvereins ist — zusammengestellt werden. Nur müßten dann einige Gestalten dramatisch fesseln und die Motive und Situationen ebenso natürlich wie wirklich komisch sein. Diese Pöffe beweist, daß sich dergleichen nicht beanspruchen läßt, wenn es an Originalität fehlt.

Die lebendige, mit gutem Humor ausgeführte Darstellung ergibt besonders nur für Herrn Wilhelm (Kuz) Gelegenheit, kein von so vielem Fleiß unterstütztes Talent, keine Bemühtigkeit, keinen frischen Humor zu entfalten. Die neu engagirten Mitglieder Dr. und Frau Richter (aus Breslau) konnten wohl ihre Bewandtheit und Routine zeigen, hatten aber zum Debut keine glücklichen Rollen. Frä. Lauber erwies sich in der Partie des Secundaners als eine recht muntere Souabeite in Bezug auf eine Knabenrolle, die sie mit Tact spielte.

Am Ufer der Mulde.
Novelle von O. Ungelde.
(Fortsetzung.)

Nach den ersten kurzen Begrüßungsworten, bei welchen der Bergath keine Miene verzog, nahm er

sich, um sich von der Thatfache zu überzeugen. Als sich gemannter Herr, um sich seines Ausdrucks zu entledigen, dem Plaze des Hrn. Mayer näherte, erscholl — es war nicht selbstverständlich von wem — ein durchsicht unparlamentarischer Ruf (Oldenberg melbet: Spion!). Nach Schluß der Debatte nahm der Präsident Anlaß, diesen Vorfall dem Hause bekannt zu geben, indem er zugleich anführte, daß, wäre ihm der Ruf bekannt, er diesem die schärfste zulässige Rüge würde erteilt haben. Bemerkenswerth ist die Thatfache, daß Graf Kleist vergebens an die linke Seite des Hauses, von wo der Ruf gekommen war, die Aufforderung richtete, daß sich der Urheber nennen möchte. Es meldete sich Niemand. — Der Reichstag wird seine Pflanzferien voraussichtlich schon am 17. d. Mts. beginnen. Bis dahin sollen noch die ersten Beratungen des Krankenassen- und Unfallversicherungsgegesetzes und, wenn möglich, auch diejenige des Gesetzes, betreffend die Verjüngung der Einkommen der Marine und der Armee, erledigt werden. Das Plenum wird seine Arbeiten in der zweiten Juniwocche wieder aufnehmen, falls die Commissionen bis dahin das erforderliche Material beschafft haben. Die Mehrzahl der Commissionen wird freilich ihre Arbeiten erst Anfang Juni beginnen können. — Aus Danzig wurden wiederholt in der Presse unbestimmte Angaben des Inhalts laut, daß gegen mehrere Beamte wegen Theilnahme an liberalen Wahlagitationen eine Disciplinarrichterung schwebt. Heute berichtet man telegraphisch aus Danzig: Die Disciplinarrichterung hat die wegen Wahlagitation seit drei Monaten von ihrem Amte suspendirten drei Marineingenieure freigesprochen. — Eine von etwa 3000 bis 4000 Personen besuchte Arbeiterversammlung fand heute Vormittag im großen Saale der Zwölfbrüderstadt statt. Ein aus Socialdemokraten und Christlichsocialen bestehendes Comité hatte die Versammlung berufen, um eine Petition an den Reichstag zu beschließen, in der gefordert werden sollte: 1) gesetzliche Ermäßigung eines Normalarbeitstages von 9 Stunden, 2) Abschaffung der Sonntags- und Feiertagsarbeit, mit Ausnahme in den Fällen, wo es sich um Gefährdung von Menschenleben oder Gesundheit handelt, 3) Abschaffung der Gefängnis- und Zuchthausarbeit, 4) Beschränkung der industriellen wöchentlichen Arbeit, 5) Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, 6) verbesserte Ueberwachung der Arbeitsräume in sanitärer und städtischer Beziehung, 7) Verschärfung, bez. Erweiterung der Reichsgewerbeordnung. Man bemerkte in der Versammlung, wie die „Post“ berichtet, die socialdemokratischen Abg. Dolenker, Kojner, Seidenberger und Frohme und außerdem Dr. Ernst Henrich. Nachdem der Bürger Dietrich einstimmig zum Vorsitzenden gewählt worden war, beauftragte der Bergath Grafen Kleist die in der Petition enthaltenen Forderungen. Nach diesem sprach Dr. Henrich, von der Versammlung mit großem Beifall, Pfaffen und Bischöfen empfangen. Er sprach sich in demselben Sinne wie Grafen Kleist aus und bemerkte, daß keine Partei mit allen Kräften im Sinne der Petition wirken werde. Hierbei wurde er von den Socialdemokraten mehrfach durch Wärm, Pfaffen und die Rufe: „Wer ist ihre Partei?“, „eine Delpartei!“ u. unterbrochen. Am Schluß seiner Ausführungen erntete Dr. Henrich ungetheilten Beifall. Alsdann sprach der Abg. Frohme, der ebenfalls die Petition beifürwortete. Abg. Dolenker, der mit Beifall und Hochrufen empfangen wurde, hielt darauf eine Rede, nach deren Schluß freudiger Beifall folgte. Der überwachende Polizeioffizier erhob sich darauf, setzte sich seinen Helm auf und, als der Beifall sich gelegt hatte, rief er: Auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie erkläre ich die Versammlung für aufgelöst! (Bravol! Rufe der Wüßling und Hochrufe auf die Socialdemokratie und Dolenker.) Einige begannen die bekannte sozialistische Parole zu singen, sie wurden jedoch am Weitergehen durch die zahlreich anwesenden Schaulustige gehindert. Im Uebrigen entfernten sich die Massen in aller Ruhe, ohne daß die Polizei irgendwie Grund zum Einschreiten hatte. — Das Reichsgericht, II. Strafsenat, führt in einem Erkenntnis vom 24. Februar d. J. Folgendes aus: „Weber gehört die Gesundheitsbeschädigung bez. Gesundheitsgefährdung überhaupt, noch die Verschlechterung der Nahrungs- und Genussmittel nach dem § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 aufgestellten Vergehen. Allerdings ist das gegenwärtige Vergehen von beiden Hauptgattungen der in diesem Gesetz vorgesehnen Strafvorfälle, und zwar der §§ 10, 11 einerseits, sowie der

§§ 12—14 andererseits, gleichmäßig sanitärer Natur, die beiderlei Arten von Strafbestimmungen verfolgen aber einen verschiedenen Zweck. Während es sich in den Fällen der §§ 12—14 überall und ausschließlich um den Schutz gegen eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit und nicht um eine Fürsorge für wirtschaftliche Interessen der bürgerlichen Gesellschaft handelt, bezieht das notwendige Material der Vergehen gegen §§ 10, 11 nicht in der Beeinträchtigung bez. Gefährdung der menschlichen Gesundheit überhaupt, sondern in der Täuschung des Publicums durch die im Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln zu Tage tretende Unredlichkeit. Die letztgedachten Vorschriften sollen vorsehen, daß der Consument für sein Geld nicht Lebensmittel erhalte, welche, wenn sie auch seine Gesundheit nicht positiv zu schädigen geeignet wären, dennoch infolge einer mit ihnen vorgenommenen Veränderung den Nähr- und Genusswerth nicht haben, welchen der Consument voraussehen darf und die aus diesem Grunde ihren Zweck nicht vollaus erfüllen können. Ein Nahrungs- oder Genussmittel gilt dann als nachgemacht, wenn es den echten nachgebildet ist, so daß es nur den Schein, nicht das Wesen und den Gehalt der echten Waare hat, indem es ganz oder doch wesentlich aus fremdartigen Stoffen künstlich hergestellt ist, also entweder vollständig, oder doch der Hauptsache nach aus andern Stoffen besteht, als die echte Waare. Der hier in Rede stehende Himbeerliqueur wurde hiernach dann als nachgemacht anzusehen sein, wenn er entweder lediglich oder der Hauptsache nach nur aus Spirit, Fruchtstücken und Zucker hergestellt wäre, so daß die Verjüngung einer geringfügigen Menge natürlichen Himbeerjohannes darin nichts ändern würde.“ — Unter einem Stückschpiel, dessen Gestaltung hien die Inhaber eines öffentlichen Versammlungsortes strafbar ist, ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Strafsenats, vom 28. Februar d. J., jedes Spiel zu verstehen, dessen Ausgang für alle oder einzelne Theilnehmer wesentlich vom Zufall abhängt und wobei der Gegenstand des Spiels noch allgemeinen gesellschaftlichen Anschauungen einen Vermögenswerth hat, auch wenn in speziellen Fällen bei der günstigen Vermögenslage der Spieler die möglichen Verluste als empfindliche nicht zu erachten sind und die Annahme, daß das Spiel aus Gewinnlust unternommen worden, unbedingt ausgeschlossen ist.

Nürnberg, 14. Mai. Se. königl. Hoheit der Prinz Luipold ist aus Anlaß der morgen stattfindenden Eröffnung der bayerischen Landesindustrie-, Gewerbe- und Kunstausstellung heute hier eingetroffen und von den Behörden empfangen worden. Die Stadt ist festlich geschmückt. Gestern Nachmittag fanden sich auf dem Ausstellungspalast mehrere der eingetroffenen hohen Herren in Begleitung von Comitésmitgliedern ein. So der Vizepräsident v. Pfeiffer, Regierungspräsident v. Hermann, der Oberhofmarschall Hr. v. Wallen. Um 5 Uhr begannen zwei Kapellen auf dem Ausstellungspalast zu concertiren.

Stuttgart, 13. Mai. (N. Z.) Ein königl. Decret, datirt Genua, 9. Mai, ruff die Ständeverammlung auf Wittwoch, den 24. d. ein. Während der bevorstehenden Session wird, außer einigen anderen weniger wichtigen Anträgen, das von der Regierung eingebrachte neue Wahlgesetz zur Beratung kommen, welches dann bei dem im Herbst vorzunehmenden Neuwahlen seine Probe zu bestehen haben wird. Voraussetzlich wird der Schluß des Sonntags von St. Marien durch den König, welcher vorgestern, von Genua kommend, in Weyß eingetroffen ist und gegen Ende dieses Monats zurück erwartet wird, in Person vorgenommen werden.

Bohmen, 14. Mai. Nach Anordnung des großherzoglich-staatministeriellen finden die Neuwahlen der Landtage des Großherzogthums im September d. J. statt. Es gilt jetzt sowohl für die directen Wahlen jenseit der Döschtscheu, wie für die allgemeinen indirecten Wahlen.

Schwerin, 13. Mai. (p. N.) Gestern Abend um 12 Uhr wurde die Herzogin Paul glücklich von einem Prinzen entbunden.

Wien, 14. Mai. Der Verlauf der Dinge in Kegypten wird hier in diplomatischen wie in parlamentarischen Kreisen mit hohem Interesse verfolgt. Weder England, noch Frankreich sind bisher mit concreten Vorschlägen bezüglich einer europäischen Intervention im Nillande hervorgetreten, und es scheint, daß man gewichtige Bedenken hegt, eine solche Intervention überhaupt in Vorschlag zu bringen. Der im Zuge befindliche Gedankenaustrausch zwischen den Großmächten hat zunächst den Schutz der Europäer in

Kegypten, sowie die Erhaltung des status quo zum Gegenstande. Es wird hierbei auch von den Westmächten, trotz der entschiedenen Betonung ihrer präponderirenden Stellung in Kairo, principieell anerkannt, daß die ägyptische Angelegenheit als eine europäische zu betrachten sei, daher jede noch so geringfügige Aenderung der dortigen Verhältnisse der Zustimmung sämtlicher Großmächte bedürfe. Bortänzig ist man darüber einig, Louis Pascha so lange zu halten, als er überhaupt haltbar ist. In dem Vorgehen der Rotabelinlammer glaubt man übrigens ein Symptom dafür erblicken zu dürfen, daß Arabi Pascha keineswegs in solchem Maße Herr der Situation sei, als es nach vor wenigen Tagen den Anschein hatte. — Die Verhandlungen der Donaucommission in Galacz haben bisher das Gebiet der formalen Fragen nicht verlassen. Der Versuch, noch vor der Entscheidung über den Barreischen Antrag die Frage der Mandatsverlängerung der großen Donaucommission zur Lösung zu bringen, darf schon heute als aussichtslos bezeichnet werden, weil weder Oesterreich-Ungarn, noch die Türkei der übrigen Signatarmächte einer solchen Beschleunigung der Sache zustimmen werden. Die rumänische Regierung muß klar und unabweislich ihren Standpunkt gegenüber dem Barreischen Vorschlage präcificiren, und erst wenn dies geschehen sein wird, kann von weiteren meritorischen Verhandlungen die Rede sein. — Unter dem Vorsitze des Kaisers findet heute in Uda-Pest ein gemeinsamer Ministerrath statt, in welchem die künftige Agenda des Reichsfinanzministers in Bezug auf die Angelegenheiten Bosniens und der Herzegovina definitiv festgesetzt werden soll. Gleichzeitig dürfte das vacante Portefeuille des Reichsfinanzministers zur Wiederbesetzung gelangen, und zwar glaubt man, daß entweder Dr. v. Szlovay sich zur Wiederannahme derselben bereit erklären, oder der Bruder des ungarischen Ministerpräsidenten, Ludwig v. Tisza, bisheriger königl. Commissar für Syegedin, das Portefeuille übernehmen werde.

Wien, 13. Mai. Das Abgeordnetenhaus hat seine Verhandlungen auf acht Tage unterbrochen; der Schwerpunkt der parlamentarischen Action wurde nunmehr ins Herrenhaus verlegt. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befanden sich nur Gegenstände von untergeordneter Bedeutung; aber schon in der nächsten Zeit werden die Wahlreformvorlage und die Postreform zur Verhandlung gelangen. — Wie dem „Frdl.“ aus Uda-Pest berichtet wird, sind die Vorbereitungen für die Rekrutierung in den occupirten Provinzen vollständig durchgeführt. Eine amtliche Verlautbarung, durch welche die Ausrüstung in Bosnien für den 24. Mai anberaumt wird, steht unmittelbar bevor. — Vom Insurrectionshauptplatze berichtet der Feldmarschalllieutenant Baron Jovanovic unter dem heutigen Tage: Am 11. Mai ist eine von Blahovici-Ujubomeli nach Ujabinje zurückkehrende streifende Compagnie des 11. Infanterieregiments bei Futovici mit einer stärkeren Insurgentenbande zusammengestoßen, welche sehr heftig wurde und einige Verluste erlitt. Untererleidet schwer verwundet 1 Infanterist. — Der „N. Fr. Z.“ telegraphirt man aus Nagasa: Am Dienstag, den 9. d., um 4 Uhr Morgens fand in Kijano eine neue allgemeine Hausdurchsuchung statt. In der Wohnung eines gewissen Saito und in jener der Witwe Gironic wurden Waffen, Pulver, Kugeln und Kapseln in bedeutender Menge gefunden, außerdem bei Gironic noch eine Raufmesser. Subotic und die Gironic wurden von der Gendarmerie verhaftet und Donnerstag nach Cattaro escortirt, um dem Militärgerichte übergeben zu werden. Am Mittwoch wurde von dem Militärgerichte in Cattaro das erste Urtheil ausgesprochen. Ein Landmann aus Futovici bei Morigne wurde wegen Spionage zu 8 Jahren Festungshaft verurtheilt.

Prag, 14. Mai. Aus Anlaß der morgen hier stattfindenden Wahl eines Reichsrathsabgeordneten in den Wahlkörper des großen Grundbesitzes in Böhmen an Stelle des Baron's Pretis, welcher bekanntlich sein Mandat niedergelegt hat, sind heute schon die meisten Wähler der conservativen Partei in Prag eingetroffen. Die Wahl des von dieser Partei aufgestellten Candidaten, Baron's Radetzky v. Borocin, wird eine unbestrittene sein, da die Verfassungspartei des Großgrundbesitzes sich dies Mal an Wahlacte nicht betheiligen wird. Die conservativen Wähler versammelten sich heute Abend beim Grafen Franz Thun zu einer Wahlbesprechung, bei welcher aber wohl auch noch andere Gegenstände, als der morgige Wahlact, zur Erörterung gelangen dürften. — Wiege Vormittag wurde hier das dem tschechischen Dichter Halek in den

den Beamten die Bücher ab und verschloß sie in ein Kist. Dann forderte er dieselben auf, ihm nach den Gruben, dem Stadtwerk und dem Siedehaus zu folgen. Kein Wort der Anerkennung kam über seine Lippen, wohl aber sah sein scharfes Auge jeden kleinen Fehler, jede Unregelmäßigkeit, jede Unwesentlichkeit. Er tabelte eigentlich alles und war mit nichts zufrieden, so daß den Beamten der Angstschweiß auf die Stirn trat, zumal die Vergleute aufhörten zu arbeiten und auf die Worte des Bergathes lauschten.

Um 11 Uhr war die Revision beendet, der Rendant und der Siedemeister waren mit kurzer Handbewegung entlassen, der Bergath ging nach Hause, um die Bücher der Revision zu unterwerfen. So schwer wie heute war den beiden alten Männern der Heimweg noch nie geworden; lautlos gingen sie neben einander her, nur der Rendant strich sich mitunter mit der Hand über die Augen. „Klaud“, sagte er endlich, das war der schlimmste Tag meines Lebens vierzig Jahre im Aste, nie ein Tagel.“

„Wie doch besser kommen, Herr Rendant“, sagte der Siedemeister, „er hat unsere Bücher, er wird außer sich sein über die schlechten Erträge und über die Ausfälle! Mein Gott, wie kann in Kriegzeiten ein so kleines Bergwerk noch Rent abwerfen?“

„Da ist mir eigentlich nicht bange“, entgegnete der Rendant, „das ist nicht unsere Sache, sondern die seines Vorgängers, außerdem hat das Oberbergamt quittirt und Decharge geleistet. Das werde ich Ihnen geradezu sagen, wenn es nöthig sein sollte. Aber — ich sehe das kommen, die ganze Betriebsweise wird eine andere werden, und ich zweifle, ob ich, da ich

gleichzeitig Factor bin, seinen Ansprüchen gewachsen sein würde. Ich bin zu alt, ich muß es mir überlegen, wenn Anna nicht wäre.“

„Was dann?“ sagte der Siedemeister stehen bleibend.

„Reinen Abschied nehmen“, sprach der Rendant. „Nimmermehr, Herr Rendant, nimmermehr!“ rief der Siedemeister laut, „ich wenigstens werde nicht von meinem Plaze, mag es kommen, wie es will. Hier kommt unsere Ehre in das Spiel! Was würde man sagen, wenn wir Beide aus Pensioniren ließen, denn zusammen könnten wir doch nur gehen! Man rüht dem Preußen nach, daß sie für ihren Dienst ihr Leben lassen, sollen wir alten Sackeln ihnen nachsehen? Nun und nimmermehr, vierzig Jahre bewohnen wir diese beiden kleinen Dörfer, lassen Sie uns auch darin sterben, Herr Rendant!“

Ersterer blickte dem Freunde in das ernste und doch so freundliche Auge. „Sie haben recht, Klaud“, sagte er, „es sei so, wie Sie wollen!“

Zu Hause angekommen fanden die beiden Beamten ihre Töchter in nicht geringer Aufregung. Der Steiger Lorenz, der an diesem Tage wieder eingekommen war und der Revision beigewohnt hatte, war von der Arbeit weggelaufen, um Anna und Meta die Nachricht zu bringen, daß der Bergath Alles table und über den Betrieb die härtesten Worte gesprochen habe. „Was hat der Reich zu klatschen“, so murmelte der Siedemeister, der Rendant aber beruhigte die Mädchen und sagte ihnen, daß solche irrende Stunden im Leben jedes Beamten sich ereigneten, daß aber das Bewußtsein der Pflichterfüllung die Schärfe jedes Tadel mildere.

Für den andern Morgen waren die beiden Beamten wieder zu dem Bergath befohlen. Als sie eintraten, lagen alle Geschäftsbücher aufgeschlagen auf einem langen unruhigen Arbeitstische. Der Bergath sah an demselben, mit dem Bleistift Ratigen schwebend und eine ganze Zeit lang von den Eingetretenen keine Notiz nehmend. Endlich sah er auf und fixirte die beiden Beamten mit einem langm durchdringenden Blicke. „Ich will“, so begann er, „ein Wort über die ganz miserablen Erträge der Gruben verlieren, weil das Oberbergamt Decharge geleistet hat, aber unverantwortlich ist die Wirthschaft gewesen, unverantwortlich dem Staate gegenüber, der in Schulden steht und Geld braucht; keine Vernunft weder im Betriebe noch im Abfah, unfinnisches Creditgeben an bankrotte Kaufleute, Verluste über Verluste —“

„Ihr Herr Vorgänger“, unterbrach der Rendant — „Schweig Sie“, donnerte ihn der Bergath an, „und warten Sie fest, bis ich Sie frage. Ich weiß recht wohl, daß Sie die Schuld nicht allein tragen, aber das kümmert mich nicht! Mein Vorgänger hat gethan, was Sie ihm gerathen haben, glauben Sie, daß ich nicht weiß, was die ganze Umgegend sich erzählt, weshalb er von hier abgerufen ist? Die unteren Beamten sind das Werk, was in der Hand des obren, und wenn die Erde nicht mehr schneidet, so juckt man sich eine andere! Ich hoffe, Sie haben mich verstanden!“

Der Bergath hatte sich erhoben und durchwühlte ein Papier in der Hand zerstückend, mit bebenden Schritten das Zimmer. Die beiden alten Beamten fanden lautlos aber leichenblau an der Thür. „Diese

Parlamente auf dem Reichstage gelebte Monument in feierlicher Weise enthüllt; nach der Festrede wurde das Denkmal dem Prager Bürgermeister in Gewahrsam übergeben. — Gestern Vormittag fand die Uebergabe des von der Prager Stadtgemeinde zu den projectirten Erweiterungsbauten des deutschen Landestheaters abgetretenen Gassengrundes an den Landesbauschaffs Statt. Der erforderliche Bau muß bis Ende August beendet sein. Die deutschen Vorstellungen werden bis dahin im Reichstheater Theater erfolgen, wo bereits seit dem 6. d. M. gespielt wird, nachdem eine neue, von der politischen Behörde vorgenommene Commission constatirt hat, daß der Bauzustand dieses Theaters und die darin vorgenommenen Sicherheitsvorkehrungen das Spielen in demselben als zulässig erscheinen lassen, während bekanntlich das tschechische Stadttheater der Stadt Weinberge, auf deren Gebiet das genannte Theater liegt, weitere Vorstellungen in demselben aus „Sicherheitsrücksichten“ verboten hatte. — Was die locale Theilung der beiden Prager Universitäten anbelangt, so hat eine am 10. d. M. unter Intervention des Statthalters Baron Kraus selbst an Ort und Stelle vorgenommene Commission definitiv beschloffen, daß in den großen Promotionsaal ein zweiter Eingang, nämlich für die tschechischen Universitätslehrer, und zwar von der Gasse zwischen dem Carolinum und dem deutschen Landestheater aus, hergestellt werde. — Die Statthalterei hat über Beschwerde der tschechischen Mitglieder der Budweiser Gemeindevertretung entschieden, daß nach § 19 des Staatsgrundgesetzes die tschechische Sprache in der Gemeindevertretung von Budweis als „eine im Lande übliche Sprache“ mit der deutschen Sprache gleichberechtigt ist, während bekanntlich vor einiger Zeit die deutsche Majorität dieser Gemeindevertretung die deutsche Sprache für die ausschließliche Geschäftssprache derselben erklärt hatte. Der heutige „Posthof“ begrüßt diese Entscheidung, sowie die durch Verfügung des Handelsministeriums erfolgte Aufhebung der anlässlich der vorjährigen Prager Handelsstammversammlungen von der Versammlungspartei eingesetzten Wahlcommission mit großer Befriedigung als „Erneuerung des Rechts“ in Böhmen und bemerkt unter Anderem: „Wenn heute oder morgen die Tschechen sich ihrer Muttersprache in Pilsener, Krumau, Brünn oder anderswo (nämlich in den dortigen Gemeindevertretungen) bedienen wollen, so kann ihnen dies jetzt Niemand mehr verwehren.“ Ferner theilt daselbe Blatt mit Bezugnahme auf die in Folge der tschechischen Agitation gegen jene Bahnen, welche nach deutsche Provinzen und Recepten auszuliegen, die Staatsbahnen und die Nordwestbahn bereits die Drucklegung dieser Schriftstücke in beiden Landessprachen veranlaßt haben. Ein eigenthümliches Gegenstück zu letzterer Mittheilung bildet eine von der heutigen „Karolnische List“ veröffentlichte Zuschrift, worin darüber gesammelt wird, daß die tschechische Bevölkerung sich in der Gleichberechtigungstrage „sehr gleichgültig“ verhalte. Es sei namentlich sehr betrübend für das patriotische Gefühl der Tschechen, daß in Böhmen 30 Mal mehr deutsche Telegrammblanks als tschechische verwendet werden. Berücksichtige man speciell die telegraphische Correspondenz der tschechischen Städte mit Prag, so komme auf 10 deutsche Telegramme nur 1 tschechische. So verhalte sich die tschechische „Intelligenz“, so handelten Leute, welche sich, so oft es sich um eine Würde handelt, in den Vordergrund drängen und von welchen die Welt meine, daß sie für ihre Nation ins Feuer springen möchten. Das sei ein neuer Beweggrund für die wirklich patriotischen Kreise, den Krieg zu erklären gegen jene vergriffene Gleichgültigkeit, welche die tschechische Sache mehr schädliche, als die offene Feindseligkeit der Gegner der Tschechen, „Das ist bei uns“, sagt das tschechische Organ in Ausprägung seines Schmerzensruses weiter, „der größte Fehler, daß so Viele dem patriotischen Gefühl Genüge zu leisten glauben, wenn sie da und dort bei dieser und jener Unterhaltung mit ihrer Gegenwart glänzen, wenn sie sich in die Ausschüsse verschiedener Vereine wählen lassen, um welche sie sich dann grundtätig nicht mehr kümmern, und wenn sie einmal in mehreren Jahren einen mit dem Namen des nationalen Candidaten ausgefüllten Wahlschein abgeben.“ Die „Karolnische List“ liebt die Uebertreibungen, und um eine solche handelt es sich bei der vorliegenden Jeremiade, wo Niemand in Abrede stellen kann, daß die tschechische Agitation, namentlich auf dem Lande, einermassen kräftig, wo die tschechische Agitation gegen das Deutsche seit Jahren mit großem Eifer getrieben

wird. Und in der Landeshauptstadt ist dieselbe Agitation sicherlich nicht weniger eifrig am Werke. Als Beispiel neueren Datums mag die Thatsache dienen, daß die Section des Prager Stadtraths gestern den Protest des deutschen Vereins gegen den Stadtrathsbeschuß, wonach nur solche städtische Lehrer und Lehrerinnen auf Berechnung von Remunerationsanspruch haben sollen, die sich mit der Kenntniß der beiden Landessprachen ausweisen, sich dafür entschieden hat, daß dieser Beschuß erhalten bleiben soll. — Die Nachrichten aus dem westböhmischem Kohlenrevier lauten andauernd gut. Das dortigen entfaltete Militär ist nun schon fast insgesammt wieder in seine Garnisonen zurückgeführt; auch die in Karzig zurückgebliebene 4. Compagnie des schon am 10. Mai wieder in Prag eingetroffenen Infanteriebataillons ist vorgestern wieder hier eingetroffen.

Dux, 13. Mai. (Vob.) Heute fand unter Zuziehung von Sachverständigen auf Verlangen des Vorstandes der Revierbrüderlade in Dux die bergbehördliche Revision und Scontrirung der Bruderlade Statt. Das Ergebnis lautet auf musterhafte Schatzung, und wurde ein Vermögensstand von rund 104 000 Fl. constatirt.

Paris, 13. Mai. Dem „Paris-Journal“ zufolge hat der Kriegsminister auf Grund des heutigen Conferenz mit der Generale Staffier und Jotegom den Befehl geschickt, sofort gründlich mit den afrikanischen Aufständischen aufzuräumen und, der eine im Sildoran, der andere an der tripolitanischen Grenze, wenn nöthig einen Hauptschlag auszuführen. Wie es scheint, hofft man dadurch einschüchternd auf die ägyptische Bewegung zu wirken. Bezüglich der Lage in Aegypten werden Dr. de Freycinet und der Carl Stenaville über die zu ergreifenden Maßregeln völlig übereinstimmen; zur Ausführung derselben wird nur noch gewartet, bis die offizielle Antwort des englischen Cabinets eintrifft. — Die Deputirtenkammer nahm heute den Walde-Rouffau'schen Gesetzentwurf über die Deportation der rückwärtigen Verbrecher mit 305 gegen 1 Stimme in Erwägung. Stoff zu einer längeren Debatte gab der Gesetzentwurf eines neuen Hauptpflichtgesetzes. Nach der Fassung der Commission wird der Arbeitgeber für sämtliche Unfälle verantwortlich, wofür er nicht nachweisen kann, daß sie durch höhere Gewalt oder durch Unvorsichtigkeit des Verunglückten eingetreten sind. Die Deputirten Peuley und Faure bekämpften die Vorlage als eine juristische Ungeheuerlichkeit, welche zu zahlreichen Processen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern, respective den Versicherungs-Gesellschaften Anlaß geben, also den Arbeitern, die nicht processiren könnten, mehr schaden, als nützen würde. Unter dem Eindruck dieser Ausführungen beschloß die Kammer, die weitere Debatte zu vertagen. Ein anderer Antrag, von Bouffier eingebracht und die Aufhebung der theologischen Facultäten bezweckend, wurde in der Fassung der Commission angenommen, obgleich von Robert und dem Bischof Freppel lebhaft bekämpft. Nach dem Commissionvorschuß sollen fortan das kanonische Recht in den Lehrplan der juristischen Facultät und die Kirchengesetze in der historischen-philosophischen Facultät (faculté des lettres) aufgenommen werden.

Paris, 14. Mai. (Tel.) Im Journal „La Botaille“ veröffentlicht das frühere Mitglied der Commune, Bisagarray, einen Artikel, in welchem derselbe den Bericht des amerikanischen „Work Chronicle“, daß der Prinz Louis Napoleon, der Sohn des Kaisers, im Juli-gebiete durch Ermordung der französischen Flüchtlinge zu London ermordet worden sei, als richtig bezeichnet. Der Prinz v. Wolfsohn erklärt in einem Schreiben die Verweigerung für absolut falsch und erfunden und sagt, mehrere Jüdische hätten gelegentlich der Anwesenheit der Kaiserin Eugenie im Exilland, wofür er dieselbe begleitet habe, sich selbst dazu bekannt, den kaiserlichen Prinzen getödtet zu haben. — Ein Panzerschiff und ein Transportschiff in Leulou haben ihre Ausdriftung begonnen, um das gegenwärtig in den tansanischen Gewässern stationirte Geschwader zu verstärken und zu verproviantiren.

Bern, 13. Mai. Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung sich außerordentlich Gehörten und Bevollmächtigten Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Regierung der Vereinigten Staaten Americas des Nationalrath und eidgenössischen Obersten Emil Frei ernannt. Derselbe wird spätestens am 15. August rückwärts auf seinen Posten abreisen. — Gegen das Bundesgesetz vom 31. Januar 1882, betreffend Maßnahmen gegen gemeingefährliche Epidemien, sind heute dem Bundesrath von Dr. S. Schuermann in Basel, namens des zur Sammlung von Unterschriften bestellten Comité's, Referendumsbegehren mit angeblich 78 938 Unterschriften eingereicht worden.

Rom, 13. Mai. Man telegraphirt der „R. fr. Pr.“: In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer trat der Kriegsminister den in der Debatte über die Militärdotage von Ricotti aufgestellten Behauptungen entgegen und erklärte, es sei nicht wahr, daß Italiens Wehrkraft für die answärtigen Mächte keinen Werth habe. Selbst für den Fall, daß Italien nur 300 000 Mann seinen Bundesgenossen zur Verfügung stellen könnte, würden dieselben ausgezeichnet bewaffnet, equipirt und kriegsgerüstet sein und die Streitkräfte zu Quantitäten der Bundesgenossen sehr wesentlich verhältnis. Was das Wehrmaterial betrifft, könnte sich Italien mit jedem Lande messen.

London, 13. Mai. Ein Telegramm der „Köln. Jg.“ meldet: Gemäß der „St. James Gazette“ verordnete die Admiralität das gesamte Kanalgeschwader, selbst die jetzt in Reparatur befindlichen Schiffe, auf den 28. Mai seefertig zu machen, um am 30. zum Mittelmeer abzufahren. Die Nachmittagsblätter betonen mit Vorliebe die Nebenbuhlerkämpfe Englands und Frankreichs in der ägyptischen Frage, statt auf eine einheitliche Handlung zu dringen. Die „Wall Mail Gazette“ bezeichnet Halim als Weiblichscandidaten Frankreichs, Freund Gambetta's, Vagant der des Katholicismus, dagegen als Feind Englands und des Protestantismus. — Die gestern Abend an dem Sitter des Mansion-House von der Polizei entdeckte Schachtel war mit Schießpulver gefüllt.

London, 14. Mai. (Tel.) Der „Observer“ glaubt, als begründet melden zu können, daß die Regierungen von England und Frankreich nunmehr über die hinsichtlich der ägyptischen Krisis zu treffenden Maßregeln schlüssig geworden seien.

Kopenhagen, 13. Mai. Ein Privattelegramm der „S. R.“ meldet: Da die moderate Linke in einer Privatversammlung beschloffen hat, sich der Wahl des Bischofs Mourad gegenüber neutral zu verhalten, obwohl sie ihn als angesehnenen Rechtsmann nicht wünsch, so hält man die Wahl jetzt, Nachrichten aus Widdersatz zufolge, für gewiß. — Da die Linke des Volkstheaters mit der Theuerungszulage für die 2 vorgängigen Jahre realiter einverstanden ist, werden daraus keinerlei neue Schwierigkeiten erwachsen.

Christiania, 12. Mai. (S. C.) Unserm Storching oder vielmehr der radicalen Majorität derselben ist es nun endlich gelungen, auf indirectem Wege das allgemeine Stimmrecht in unserm Lande einzuführen. Bisher waren nämlich die Besitzer von sogenannten Weylandereien (wortholten Mooren und Sümpfen, die mit Hypotheken nicht belastet werden konnten) nicht wahlberechtigt, weil sie nicht als eigentliche Grundbesitzer betrachtet wurden. Jetzt aber hat das Storching den Besitzern von Weylandereien, den „Weylandern“, wie sie genannt werden, das Wahlrecht zugesprochen, und damit ist in Wirklichkeit das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Jeder, der will, kann jetzt das Wahlrecht dadurch erwerben, daß er einen Weylappen im Umfang von 1 Quadratel oder noch weniger kauft. Gegen eine Ausgabe von 2 bis 3 Kronen ein für alle Mal kann man sich nunmehr das Wahlrecht erkaufen. Fast alle Bauern, die ja überhaupt nur willenslose Werkzeuge in den Händen der radicalen Führer sind, stimmen für diese Institution, aber sie werden sicher in Zukunft Anlaß haben, dieses zu bereuen. Gegenwärtig haben die Bauernhofbesitzer in allen ländlichen norwegischen Districten noch die Macht in Händen; wird aber erst die Weylandereinstitution allgemein angewandt, dann dürfte sich den Agitatoren, gleichviel ob sie reactionären, oder radicalen Tendenzen halbtigen, rechtlicher Anlaß bieten, mit Hilfe mittellose Leute die Wahlen in den Landdistricten zu beherrschen. In den Städten werden ein oder zwei Fabrikherren, die eine große Anzahl Arbeiter beschäftigen, die Wahlen leicht dadurch vollständig beherrschen können, daß sie ihren Arbeitern das Wahlrecht schenken. Schon jetzt sind die Wahlen in höherem Grade, als erwünscht sein kann, das Resultat der agitatorischen Thätigkeit einzelner Parteihäupter; das wird aber selbstverständlich noch weit mehr der Fall sein, wenn man nicht allein alle Diejenigen in Betracht zu ziehen hat, die früher wahlberechtigt waren, sondern auch darauf rechnen muß, daß der eine oder andere ehrgeizige Politiker mit einer ganzen Guerrillabande von neugeborenen Wahlberechtigten erscheint, die nichts An-

des in der Welt besitzen, als jeder seinen Lappen Weyland, der im Nothfall groß genug ist, um darauf auf einem Bein stehen zu können. — Dem Budget der Weylen und verschiedener anderer literarischer und wissenschaftlicher Einrichtungen und Unternehmungen wurde die vorgeschlagene Bewilligung von 20 000 Kr. als Beitrag zur Restauration der sogenannten „Hafonschalle“, einer 500jährigen Königsburg in Bergen, verweigert. Die Regierung sah es als eine „nationale Ehrensache“ an, dieses alte Schloß soweit möglich in seiner ursprünglichen Gestalt wieder herzustellen, und dieses Bauwerk, welches in seiner Art allein stehend nicht nur in Norwegen, sondern im ganzen Norden ist, in würdiger Weise zu conserviren. Eberdrup fand indeß, daß Bewilligungsvorwürferungen ferner das rechte Verfahren zur Herbeiführung eines besseren Zusammenwirkens zwischen den beiden Staatsgewalten seien, und die Rückstuf auf die „politische Situation“ wozu in den Augen der Linken mehr, als die „Rationallehre“. Eine kräftige Episode fand bei der Debatte statt, indem Jaabäl erklärte, daß der Umstand, daß die „Hafonschalle“ eine königliche Wohnung gewesen, nicht für eine Bewilligung spreche, denn niemals sei Norwegen so tief gesunken, als unter dem Königthume, während es sich niemals so hoch erhoben hätte, als in den Monaten im Jahre 1814, als es Republik gewesen. Hierzu bemerkte Rogfeldt, daß, wenn sich unsere Republikaner mit den Verhältnissen in den erwähnten Monaten im Jahre 1814, als ein Mann (Prinz Christian Frederik) regierte und kein Anderer etwas zu sagen hatte, verhalten fänden, dann müßte für ihn die Republik, wann es auch sein sollte, kommen.

St. Petersburg, 10. Mai. Man schreibt der „Schles. Jg.“: Ein sehr beachtenswerther Artikel des „Journal de St. Petersburg“ bespricht die jetzt in der Militärverwaltung hervortretenden Tendenzen, Ersparnisse zu machen, und meint, die anderen Ministerien könnten sich hieran ein Beispiel nehmen. Zugleich wird aber auch die Warnung laut, in dieser Beziehung nicht zu großen Eifer an den Tag zu legen, da sich derselbe gerade bei der Kriegsverwaltung empfindlich strafen könnte. Demnach wird darauf hingewiesen, wie durch die letzten Maßregeln des Kriegsministers, Reducirung der Cadres in verschiedenen Branchen der Verwaltung u. s. w. eine Menge Offiziere niedriger Grade verabschiedet worden wären. Falls diese Offiziere wirklich überflüssig wären, so sei jene Maßregel sehr gut; aber es sei immerhin wunderbar, daß sie sich nicht auch auf die in hohen Stellenungen befindlichen Persönlichkeiten erstreckte. Nach dem letzten Verzeichnis der Generale gab es — abgesehen von solchen Inhabern dieser militärischen Charge, welche Senatoren, Mitglieder des Reichsraths oder des Kriegsraths seien — 331 Generale ohne irgend welche Function. Alle diese Generale erhielten zwei, drei, oft fünfjährig höhere Gehalt, als ihnen nach dem Gesetze zustam. Sie kosteten dem Staate jährlich 1 352 266 Rubel. Womher von ihnen erhalte 5000 bis 7000 Rubel Gehalt, während sie, wenn sie pensionirt würden, nur 850 Rubel, öfter sogar nur 430 Rubel jährlicher Pension erhielten. Ich erwähnte in früheren Briefen öfter die große Menge von Generalen, welche, entweder wie jene 331, gar keine Thätigkeit ausübten, oder doch nur sehr holzernen Functionen verrichteten, z. B. als Inspector eines Lazareths oder einiger Casernen und in ähnlichen Functionen wirkten, welche durchaus nicht ihrem Range entsprechen. In dieser Beziehung könnte die Militärverwaltung große Ersparnisse machen. Das letzte Verzeichnis der Generale giebt deren Zahl etwa auf 1300 an, doch sind von ihnen kaum 700 bis 800 in solchen Stellenungen, wie sie in Deutschland mit Generalen besetzt werden.

— Aus Warschau wird der „Polit. Corr.“ über die schon früher angekündigten Befestigungsbauten berichtet, es hätten die Befestigungsarbeiten um Warschau noch im laufenden Jahre in folgender Weise angeordnet und geführt zu werden: Am linken Weichselufer in einer Entfernung von 6 Werst von der Stadt werden auf einer 27 Werst langen Linie 7 Forts gebaut werden, von welchen jedes 250 russische Klafter (= 1/2 Werst) umfassen soll. In einer Entfernung von 2 Werst von dieser ersten Fortificationslinie werde eine zweite eingerichtet, welche mit 4 Forts gleichen Umfanges wie die der ersten Linie besetzt werden soll. Am rechten Weichselufer (Vorstadt Praga) werden in einer Entfernung von 6 Werst von der Stadt 4 Forts größtens Umfanges gebaut werden.

St. Petersburg, 14. Mai. (Tel.) Die kaiserliche Familie ist gestern Nachmittag von Wajschina

Manne Namens Thomas entdeckt, während er auf dem Felde mit Graben beschäftigt war. Es sind aus dieser unterirdischen Stadt bereits verschiedenartige und sehr seltene Gegenstände an das Tageslicht befördert worden, und man glaubt durch die Fortsetzung der Ausgrabungen in den Stand gesetzt zu werden, bestimmte Schlüsse auf die Einwohner der verschütteten Stadt, deren Nationalität, Lebensweise Sitten und Einrichtungen machen zu können. Unter den ausgegrabenen Gegenständen befinden sich namentlich eigenthümlich geformte irdene Gefäße, welche zum Kochen dienen zu haben scheinen wie zum Essen und Trinken. In den letzten Tagen hat man ein umfangreiches eingemauertes Bassin in der unterirdischen Stadt entdeckt, welches möglicherweise das Reservoir einer Wasserleitung war. Untere Regierung hat von Washington aus wissenschaftliche Männer dahin geschickt und es wird mit Spannung auf deren Berichte gewartet.

! *Für die im Juli und August in Bayreuth stattfindenden Parsifalansführungen sind, laut der „Köln. Jg.“, sämtliche Künstler endgültig gewonnen. Die musikalische Leitung haben die bayerischen Hofkapellmeister Leoi und Fischer. Als Parsifal wechseln die Herren Vogl (München), Jäger (Bayreuth), Wintemann (Hamburg), Gudehus (Dresden) ab, als Kundry die Damen Brandt (Berlin), Raterna (Wien), Malien (Dresden), als Gurnemang die Herren Scaria (Wien), Siech (München), Reichmann (München), Fruch (München). Den Kasparus singt Hill (Schwern), den Ringasor Kindermann (München). Den Chor stellt die Münchner Hofoper. In dem Orchester wirken eine Anzahl Mitglieder der Weimarer Hofkapelle mit.

Sache ist abgemacht,“ begann der Bergath von Neuem, „ein für alle Mal, ich habe ihnen dies sagen wollen, wie ich es für die Zukunft zu halten wünsche, daß ich allein angewandt und zu beschließen habe. Aber nun zu etwas Anderem! Herr Siegemester Raus, hier ist die Lohnliste des letzten Quartals, wie kommt es, daß der Steiger Lorenz für beinahe drei Monate nur halben Lohn bezogen hat?“

Der Mann lag am Kervensieber, Herr Bergath, Ihr Herr Vorgänger befaßt, daß er die Hälfte der Löhnung erhalten solle.“

Die Sonnenfinsternis am 17. Mai.

Es werden im laufenden Jahrhundert nur noch 2 Sonnenfinsternisse eintreten, deren Totalität in Europa sichtbar ist: am 19. August 1887 wird in unseren Gegenden die Sonne bei ihrem Aufgange total verfinstert erscheinen und am 9. August 1896 wird man in der Richtung einer von Tronheim nach Kola gehenden Linie eine totale Verfinsternung der Sonne erblicken können. Die Totalität der Sonnenfinsternis am 17. Mai 1882 ist nur in Afrika und Asien sichtbar. Diese Sonnenfinsternis beginnt auf der Erde überhaupt am 17. Mai früh 6 Uhr 46 Minuten mittlere Dresdner Zeit und endet um 11 Uhr 15 Minuten. Nicht man eine Linie aus Cap Horn in Südamerika über Jangbar durch den indischen Ocean nach Ceylon, Bornes, Celebes in den Banda-See, dann durch die Karolinen und Marianen in das Behringsmeer, dann über Neusibirien, nördlich von Cap Tscheljeskin im Eismeere nach Spitzbergen, und dann über Island zu den Azoren, über die Cap Verde'schen Inseln und östlich an Ascension und St. Helena vorbei zu Cap Horn, so hat man mit dieser Linie die Umgrenzung

aller Orte gebildet, an welchen diese Sonnenfinsternis überhaupt wahrgenommen wird. An den östlich oder westlich von dieser Grenzlinie liegenden Orten ist die Sonne zur Zeit der Verfinsternung unter dem Horizont, für die südlich von ihr liegenden Orte geht die Randscheibe unter, für die südlich von ihr liegenden aber der Sonnenscheibe bei dieser vorüber.

Die Totalität beginnt auf der Erde überhaupt früh 6 Uhr 48 Minuten und endet um 10 Uhr 13 Minuten. Die Orte, an welchen die Sonnenfinsternis total erscheint, liegen in einer 30 Meilen breiten Zone und es hat dieselbe ihren Anfang westlich von Senegambien bei Longhera, erstreckt sich über die südliche Sahara, gelangt bei Sina nach Aegypten, erreicht Akaba, Bagdad, Hamadan, Teheran, Buhara, Rajahgar, Jarland, durchschneidet von hier China in der Richtung nach Lan-tschu, Singen, Ranking, dann das ostchinesische Meer und endet in der Nähe der Vulkaninsel Japan. Die Dauer der Erscheinung der Totalität an einem Ort kann überhaupt bis 7 Minuten groß sein und es fand dies bei dem 18. August 1868 beobachteten totalen Sonnenfinsternis Statt. Der Mond war zu dieser Zeit in Erdnähe, die Sonne nicht weit von ihrer Erferne, folglich erschien die Randscheibe sehr groß (Durchmesser 33' 28"), die Sonnenscheibe hingegen klein (Durchmesser 31' 39"). Bei der diesmaligen Totalität ist die längste Dauer ihrer Erscheinung an einem Orte nicht völlig 2 Minuten groß, in Teheran 1 Minute 51 Sekunden, in Buhara 1 Minute 54 Sekunden, in Rajahgar 1 Minute 49 Sekunden.

Die Linie der Erscheinung des Anfangs der Sonnenfinsternis durchschneidet Sachsen in nordöstlicher Richtung. Jenseit tritt diese Erscheinung ein in dem Orte Brambach, nach Ortszeit um 6 Uhr 50 Mi-

nuten (Dresdner Zeit 6 Uhr 56,8 Minuten); zuletzt wird sie erblickt in dem Orte Trautau, nach Ortszeit um 8 Uhr 41 Minuten (Dresdner Zeit 8 Uhr 33,9 Minuten). In der Zeitdauer von 1 Stunde 39,9 Minuten hat demnach der ganze Verlauf der Verfinsternungsdauer Sachsen durchschritten. — Für Beobachtung in Dresden erscheint der Eintritt der Randscheibe in die Sonnenscheibe früh 6 Uhr 59 Minuten, der Austritt derselben um 8 Uhr 34 Minuten mittlere Dresdner Zeit. Nur drei Zehntel des Durchmesser der Sonnenscheibe wird das tiefste Eindringen der Randscheibe in dieselbe betragen (um 7 Uhr 46 Minuten). Der Eintritt geschieht auf der Westseite der Sonnenscheibe 149 Grad vom Nordpunkt derselben entfernt, der Austritt (das Ende der Verfinsternung) auf der Ostseite derselben, in Entfernung 120 Grad vom Nordpunkt. — In Deutschland wird eine durch die Sonnenfinsternis bewirkte Verminderung der Tageshelle nicht bemerkbar sein, wohl aber in Südspanien und in dem südlich von Rom gelegenen Theile Italiens. In Rom erreicht die Verfinsternungsgröße die Hälfte des Sonnendurchmessers und nach Ueberschreitung dieser Größe tritt bemerkbare Lichtabnahme ein in der Tageshelle ein.

Dr. A. Drechsler.

Alterthumskunde. Ueber ein amerikanisches Pompeji wird dem „Schwäb. Mer.“ Folgendes berichtet: In der Nähe der Stadt Little-Rock, im Staate Arkansas, hat man die Ruinen einer alten Stadt entdeckt, welche aber nicht offen zu Tage liegen, sondern gleich denen Pompeji's von der Erde bedeckt werden, auf deren Oberfläche sich fruchtbare Felder befinden. Diese alte und wahrscheinlich uralte Stadt befindet sich unter der Haut des Herrn Harris und wurde von einem

Wanne Namens Thomas entdeckt, während er auf dem Felde mit Graben beschäftigt war. Es sind aus dieser unterirdischen Stadt bereits verschiedenartige und sehr seltene Gegenstände an das Tageslicht befördert worden, und man glaubt durch die Fortsetzung der Ausgrabungen in den Stand gesetzt zu werden, bestimmte Schlüsse auf die Einwohner der verschütteten Stadt, deren Nationalität, Lebensweise Sitten und Einrichtungen machen zu können. Unter den ausgegrabenen Gegenständen befinden sich namentlich eigenthümlich geformte irdene Gefäße, welche zum Kochen dienen zu haben scheinen wie zum Essen und Trinken. In den letzten Tagen hat man ein umfangreiches eingemauertes Bassin in der unterirdischen Stadt entdeckt, welches möglicherweise das Reservoir einer Wasserleitung war. Untere Regierung hat von Washington aus wissenschaftliche Männer dahin geschickt und es wird mit Spannung auf deren Berichte gewartet.

nach Peterhof übergeführt. — Künftiglich der Ausföhrungen der Wiener „Presse“ über die ägyptischen Angelegenheiten, wonach Oesterreich und Deutschland dieselben als eine europäische Frage aufzufassen, schreibt das „Journal de St. Pétersbourg“: Dieser ganz correcte Gesichtspunkt entspricht vollkommen den Anschauungen des St. Petersburger Cabinets, welches zuerst vorgeschlagen habe, die ägyptische Frage auf den Boden des europäischen Concerts zu stellen, um eine Verständigung und Verständigung zu erzielen. Das Londoner Cabinet habe dem auch zugestimmt mit der Versicherung, daß gleich nach der zwischen England und Frankreich erzielten Uebereinstimmung die anderen Mächte consultirt und nichts ohne sie definitiv bestimmt werden solle. Das „Journal de St. Pétersbourg“ schließt: „Wir können uns nur Glück wünschen zu dieser allgemeinen Uebereinstimmung, welche, wie wir immer wiederholen, das beste Fund für die Erhaltung des Friedens ist, was auch die Complicationen sein mögen, welche denselben bedrohen könnten.“

Belgrad, 13. Mai. Man telegraphirt der „R. fr. Pr.“: Der Cultusminister ordnet in den Lehrbüchern eine Unterzuchung an gegen die Studenten wegen der politischen Demonstration bei der „Kadaga“-Vorstellung. Mehrere Verhaftungen, wovon die des Redacteurs des radicalen humoristischen Blattes „Ljota“ wurden vorgenommen. Nachträglich hat man schwere Verwundungen, die beim Crawlle vorgekommen, constatirt.

Bukareß, 13. Mai. (Tel.) In der Deputirtenkammer begründete heute der Deputirte Benesco seine Interpellation in der Donaufrage. Er erkenn an, daß die bezüglich Interessen Rumäniens bisher durch das Ministerium nicht compromittirt worden seien; er müßte aber die Erklärung Statesco's im Senat bedauern, daß für die Lösung des Art. 55 im Berliner Vertrage der Antrag Barrore's als Verhandlungsbasis annehmbar sei. Diese Basis annehmen, welche die commission mixte anerkennen, welche Rumänien, da sie außerhalb des Berliner Vertrages stehe, nicht anerkennen könne. Er bitte die Kammer, durch eine motivirte Tagesordnung der Regierung ihr Verhalten vorzugeben. Der Minister des Aeußern, Statesco, erneuert die Erklärungen, welche er im Senate abgegeben. Er sagt, Rumänien werde niemals Europa das Recht zugestehen, in den rumänischen Gewässern Schiffahrtsgesetz und Strompolitik durch fremde Functionäre anzuwenden zu lassen. Was die Ueberwachung der Ausföhrung der Reglemente anbelangt, so hat Europa das unbestreitbare Recht, zu bestimmen, wie dieselbe auszuführen sei, ob durch einen delegirten Commissar, oder durch eine Uferstaatencommission, welche außer dem Ueberwachungsrechte auch noch das Recht erhalten könnte, über alle Uebertretungen des Schiffahrtsgesetz zu erkennen. Die Regierung glaubt, dieses Programm verwirklichen zu können, indem sie: wesentliche Abänderungen des Antrages Barrore verlangt. Der Deputirte Cogalniceanu giebt einen historischen Ueberblick über die Frage und sagt: Der Antrag Barrore sei noch schlimmer, als das österreichische avant projet, welches den Uferstaaten das Recht zuerkaufte, von den Entscheidungen der

commission mixte an die europäische Commission zu berufen, während das Project Barrore von diesem Berufrecht keine Erwähnung macht. Er erklärt es für eine schlechte Methode, auf dem Wege von Amendements, wie Statesco andeutete, vorgehen zu wollen; denn man müßte alle Artikel des Antrages Barrore, den letzten ausgenommen, amendiren. Es sei besser, einen Gegenantrag einzubringen, in welchem die Regierung die Grundzüge ihres Programms geltend macht.

Konstantinopel, 14. Mai. (Tel.) Der französische Botschafter, Marquis v. Rouille, sagte bei Ueberreichung seiner Creditive an den Sultan, er sei beauftragt, die guten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der französischen Republik zu entwickeln, welche letztere die höchsten Interessen des europäischen Friedens zu bewahren entschlossen und gewillt sei, die unter der früheren Regierung bestandenen Traditionen aufrecht zu halten, so weit dieselben wohlwollend und edelmüthig wären. Der Sultan gedachte in seiner Erwiderung der alten freundschaftlichen Bande und der gemeinsamen politischen Interessen zwischen der Türkei und Frankreich und fügte hinzu, er werde bemüht sein, die guten Beziehungen zu erhalten und zu befestigen.

— Aus Konstantinopel wird der „R. fr. Pr.“ gemeldet: Das von dem griechischen Conventionspräsidenten Tricupis in der Kammer entwickelte Programm, welches bekanntlich die Grenzen Griechenlands noch weiter hinausgerückt sehen will, hat zu einem in aller Stille gepflogenen und bisher noch nicht abgeschlossenen Rotenwechsel Veranlassung gegeben. Der frühere türkische Minister des Aeußern, Asim Pascha, verlangte in einer Note von der griechischen Regierung Aufklärungen über dieses Programm, das im Widerspruch mit den Verträgen und namentlich mit der letzten türkisch-griechischen Convention Ansprüche auf türkisches Territorium erhebt. Die Antwort, welche Tricupis dieser Note zu Theil werden ließ, muß keine glückliche gewesen sein, denn in einer replicirenden Note Asim Pascha's wird ausdrücklich erklärt, daß die Forderungen der griechischen Cabinet's nicht als befriedigend betrachtet könne.

Kairo, 14. Mai. (Tel.) Nach gestern früh stattgehabter Versammlung begaben sich der Präsident und der Ausschuß der Notabeln nach dem Palais Zamalla, um zu Gunsten des Ministeriums zu vermittelten. Der Aedive wies die Vermittelung zurück, indem er erklärte, daß er mit Rebellen nicht unterhandle. — Es verlautet heute, das gesammte Ministerium werde zurücktreten und der ehemalige Finanzminister, Saydar Pascha, die Reorganisation des Cabinet's übernehmen. In der Zwischenzeit sollen die laufenden Geschäfte durch die Unterstaatssecretäre erledigt und die Schanzen derselben unter dem Vorfig des Aedive abgehalten werden. — Gerichtswise verlautet, daß an verschiedenen Punkten in Unterägypten starke Zusammenrottungen von Beduinen stattgefunden; über Zweck und Ziel dieser Bewegungen verlautet jedoch nichts Authentisches.

Ernennungen, Versetzungen ic. im öffentlichen Dienste.

Departement des Cultus und öffentlichen Unterrichts.
Angestellt wurden im I. Vierteljahre 1882 im Schulinspectionsbezirke:

XIX. Chemnitz I: 73) Franz Paul Fichtner, zehnter Hilfslehrer in Schellenberg, als händiger Lehrer in Schellenberg; 74) Georg Albert Kirbach, zehnter Schulvicar in Frankenberg, als händiger Lehrer in Frankenberg; 75) Ernst Eduard Richter, zehnter Schulvicar in Dittersdorf, als händiger Lehrer in Dittersdorf; 76) Marie Bertha Graf, zehnter Schulvicarin in Dederan, als händiger Lehrerin in Dederan; 77) Hermann Paul Schaarschmidt, zehnter Hilfslehrer in Chemnitz, als händiger Lehrer in Chemnitz.

XX. Chemnitz II: 78) Max Otto Liebe, zehnter Schulvicar in Hilbersdorf, als 4. händiger Lehrer in Hilbersdorf; 79) Richard Hermann Kaiser, zehnter Schulvicar in Niederdorf, als 2. händiger Lehrer in Niederdorf; 80) Arthur Raimund Steinert, zehnter Schulvicar in Pleiße, als 3. händiger Lehrer in Pleiße; 81) Johannes Max Behr, zehnter Schulvicar in Reichenhain, als 2. händiger Lehrer in Reichenhain; 82) Ernst Wilhelm Thomas, zehnter Cantor in Ebnau, als Kirchschullehrer in Reichenbrand.

XXI. Annaberg: 83) Karl Wilhelm Dietrich, zehnter Hilfslehrer in Buchholz, als 17. händiger Lehrer in Buchholz; 84) Edwin Robert Siegel, zehnter Lehrer in Gersdorf, als 9. händiger Lehrer in Geyer; 85) Louis Hermann Georg, zehnter Schulvicar in Uterlein, als 2. händiger Lehrer in Grottenberg; 86) Karl Ernst Rittweger, zehnter Lehrer in Schönbrunn, als Organist und 3. händiger Lehrer in Jöhstadt; 87) Karl Reinhard Böhler, zehnter Schulvicar in Oberjämieberg, als händiger Lehrer in Oberjämieberg.

XXII. Marienberg: 88) Karl Emil Sättler, zehnter Schulvicar in Sagan, als 2. händiger Lehrer in Sagan; 89) Gustav Oswald Jech, zehnter Schulvicar in Wolkstein, als 4. händiger Lehrer in Wolkstein; 90) Albert Theodor Schmidt, zehnter Schulvicar in Oibershausen, als 8. händiger Lehrer in Oibershausen; 91) Gottlieb August Ottomar Seilmann, zehnter Schulvicar in Großhildersdorf, als 3. händiger Lehrer in Großhildersdorf; 92) Karl Robert Dost, zehnter Bürgerichullehrer in Jichopau, als händiger Lehrer zu Jochbach bei Jochheim; 93) Wilhelm Gustav Sievert, zehnter Schulvicar in Marienberg, als 10. händiger Lehrer an der Bürgerschule in Marienberg. (Fortsetzung folgt.)

Erledigt: die Organisten- und 2. Lehrkräfte an der Kirchschule zu Jichopau. Cantor: die obere Schulbehörde. Einkommen, außer freier Wohnung, 108 M. 75 Pfg. vom Kirchen- und 1200 M. vom Schuldienst. Gehalts sind das zum 1. Juni an den Königl. Bezirksschulinspector Hofje in Reiberg einzuliefern.

Dresdner Nachrichten vom 15. Mai.

Aus dem Polizeiberichte. Berwichene Nacht hat in der Gasse eines Ballettablissements der Kin-

tonstadt ein Musiker mit einem Revolver, den er zum Verkaufe bei sich trug, gespielt; dabei hat sich der einzige noch darin vorhandene gewesene Schuß entladen und einen daneben stehenden andern Gast in die rechte Brustseite getroffen. Der Verletzte wurde in die Diakonissenanstalt gebracht. Die Verwundung soll zur Zeit nicht als lebensgefährlich anzusehen sein. — Ein hier bedienstetes Mädchen hat sich vorgestern Abend beim Hand Schuhwaschen mit Benzin die Hände verbrannt.

E. Der Verein deutscher Fischhändler, dessen Vorstand aus den Herren Badr-Westermünde, Jank-Dresden, Meyer-Hamburg und Wogel-Wien besteht, hielt gestern seine 3. Generalversammlung hier in Dresden ab, nachdem man im Jahre 1880 in Berlin und 1881 in Hamburg getagt hatte. Aus fast allen bedeutendern Städten Deutschlands, als beispielsweise aus Berlin, Hamburg, Breslau, Siedin, Kassel, Hannover, Bremen, Straßburg u. s. w., ja selbst aus Weihenburg in Schweden waren zusammen 65 Mitglieder schon am Sonnabend auf dem böhmischen Bahnhofe eingetroffen, dort vom Hrn. Jank und dessen Dresdner Kollegen auf das herzlichste begrüßt. Die Verhandlungen, welche am gestrigen Sonntage nach beendigtem Vormittagsgottesdienste im weißen Saale des Selbstigen Stablisement gepflogen wurden, waren größtentheils volkwirtschaftlich gar nicht unwichtige, und betrafen z. B. das Marktvorbot für Fische während der Schonzeiten, Ursprungszugnisse der feizgehaltenden Fische, Transport und Zulassung unbesetzter Waare u. s. w. Nachmittags von 4 Uhr ab fand auf der „Saloppe“ ein gemeinschaftliches Mittagessen statt, bei welchem Hr. Redacteur Dunfer-Stietin auf Se. Majestät den Kaiser toastete, Hr. Großhändler Wäner-Wiel aber einen jändenden und namentlich auch von den auswärtigen Gästen enthusiastisch aufgenommenen Trinkspruch auf Se. Majestät den König ausbrachte. Für heute, resp. den morgenden Tag war ein größerer Ausflug in die sächsische Schweiz geplant.

— Der ersten vor einigen Tagen in hiesiger Stadt in Betrieb gesetzten Normaldroschke ist am Sonnabend eine zweite unter Nummer 38 gefolgt, die der Lohnfuhrwerksbesitzer Wolff, Friedländer, 45 durch hiesige Gewerke hat bauen lassen. Dieselbe ist bei der Prüfung in allen Theilen vorchriftsmäßig, insbesondere bequem und leicht fahrbar gefunden worden. Das Gefährt macht einen eleganten Eindruck und wird von dem fahrenden Publicum gewiß bevorzugt werden. (Fortsetzung in der Beilage.)

Eingefandenes.

Alles ist vergänglich. Von den zahlreichen Paarwuchsmitteln, welche angepriesen werden, verschwinden die meisten vollständig binnen einer gewissen Zeit. Rowland's Macassar-Oel dagegen erweist sich seit mehr als 30 Jahren eines beispiellosen Rufes und wird noch heute von dem Publicum als das beste und sicherste aller existirenden Mittel zur Erhaltung und Verschönerung des Haares anerkannt. Man verlange Rowland's Macassar-Oel. 20 Gatten Garden, London.

Ausstellung der Gewinne im Kgl. Palais am Taschenberg
II. Etage.
geöffnet von Morgen 10 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr.
1510

Große Lotterie
des unter dem Präsidium Ihrer Majestät der Königin Carola von Sachsen stehenden Albert-Vereins.
Hauptgewinne im Werthe von
Mark 20,000, 10,000, 6,000, 4,000, 3,000, 2,000, 1,500, 1,000.

Loose à 5 Mark
sind zu beziehen durch den General-Debit der Lotterie des Albert-Vereins.
A. MOLLING,
Berzogl. Sächl. Post-Bankier, Dresden, und den durch Placate erkennlichen Verkaufsstellen.

Am 1. Juni 1882 treten zu Theil II und III des Sächsisch-Oesterreichischen Verbands-Tarif des Hochzüge I in Kraft und Dänen Exemplare derselben durch die Verbands-Stationen bezogen werden. Die Hochzüge enthalten u. a. neue, bei abgeänderte Beschäfte der Kaduzmetarie No. 3, 6a und b, 4, 7, 10, 11 und 12.

Dresden, am 13. Mai 1882.
Königliche Generaldirection der sächsischen Staatseisenbahnen.
1882 von Tschirschky. 10851 D.

Bekanntmachung, die erledigte Bezirksarztsstelle im II. Medizinalbezirk Löbau betreffend.
Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Bezirksarztsstelle im II. Medizinalbezirk Löbau mit dem 1. Juni dieses Jahres neu zu besetzen ist. Einzig Anwärterqualifikation sind unter Vorlegung der erforderlichen Zeugnisse, zu welchen namentlich der Nachweis über das Bestehen der staatlichen Prüfung gehört, bei der unterzeichneten Kreisphysikumskanzlei einzubringen.
Löbau, am 17. Mai 1882.
Die Kreisphysikumskanzlei.
von Weuß.

Meteorologische Station zu Dresden, Forststraße 25.
22,1 m über dem Nullpunkt des Elbpegels, 127,6 m über der Höhe

Tag.	Wende.	Thermometer nach C°.	Barometer 1.9 m hoch. mm.	Windrichtung.	Windstärke pro Sek.	Windrichtung nach Uhr.	Windstärke nach Uhr.	Witterung.
Mai 13.	M. 6.	5.8	766.0	67	WSW	0	2.9	Bewölkt. Veränderlich, doch meist schwach. Regen.
	N. 2.	12.6	764.0	43	W	3	13.5	
	M. 10.	7.0	752.8	62	WNW	1		
	M. 6.	6.4	760.8	75	W	3	4.5	Reiß stark bewölkt u. regnerisch.
	N. 2.	10.2	749.1	44	W	5	11.2	Regnerisch seit 12. — 6,8 mm.
	M. 10.	6.3	749.4	82	W	2		
	M. 6.	5.8	749.5	84	WNW	1		Ganz bedeckt.

Wasserstände der Moldau und Elbe (in Centimetern.)

Datum.	Sachsen.	Prag.	Verdubiz.	Kelaf.	Seitmeritz.	Dresden.
Mai 14.	-6	+26	+30	+30	+5	-56
15.	-8	+14	+16	+12	-1	-69

Wichtigste Jahresschneefiefen auf der sächsischen Elbstromstrecke am 30. April 1882.
M. vom Wasserstande von 0 cm unter Null am Dresdner Vogel in Centimetern:

I. Schöna bis Schandau 130	V. Pirawitz (Altehr.) bis Melzig (Eisenbahnbrücke) 135
II. Schandau bis Melzig 130	VI. Melzig bis Pleiße 126
III. Melzig bis Pleiße 125	VII. Pleiße bis Landberg 127
IV. Pleiße bis Dresden (Altehr.) 128	

Venedig, Grand Hotel d'Italie, Bauer Grünwald.

Bekanntmachung, Lieferung von Eisenmaterialien.
Die Lieferung der Eisenmaterialien für die in Dresden herzustellende Fernsprechanlage, bestehend in schmiedeeisernen Rohrlängern, Querschienen, Katern, Streden, Schellen u. s. w. soll im Wege des öffentlichen Anbotensverfahrens im Ganzen oder getheilt vergeben werden.
Die Lieferungsbedingungen können bei der Materialien-Behaltung der Kaiserlichen Ober-Postdirection hierseht, im Postgebäude Amneststraße Nr. 3, Zimmer Nr. 12, eingesehen, auch an dieser Stelle gegen Erstattung der Schenkgebühren abschrittlich bezogen werden.
Bekanntmachung Interessenten wollen ihre Angebote, an welche die Bedingungen 4 Wochen lang gebunden bleiben, unter der Aufsicht, Lieferung von Eisenmaterialien für die Fernsprechanlage, verschließen und fruchtlos bis zum 22. Mai Vormittags 11 Uhr an die Kaiserliche Ober-Postdirection in Dresden einbringen. Am befristeten Tage, Vormittags 11 Uhr, wird die Öffnung der Angebote in Gegenwart eines erschienenen Bieter im Zimmer Nr. 15 des obenbenannten Gebäudes erfolgen.
Dresden, den 13. Mai 1882.
Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
Scheime Postrath.
Zichätschauer.

Natürliche Mineralwässer,
1877 garantiert diesjährige frische Fällungen.
echte Badefasse und Bademoore, Mutterlaugen, Brunnenfasse, Seifen, Pastillen etc.
empfehltes das Haupt-Depot natürlicher Mineralwässer
Mohren-Apotheke.
Freie Zulassung nach allen Stadtblättern, nach auswärts unter beiläufiger Berechnung der Verpackung.

Pferde-Verkauf.
Ein großer Transport edler Reit- und Wagenpferde ist wieder eingetroffen und stehen (ca. 100 Stück) zum Verkauf bei
Franz Peters.
Leipzig, Weststraße 40.
NB. Die Reitpferde sind sämmtlich militärtauglich. (7602)

Ein kaufmännisch gebildeter junger Mann.
1890 militärisch, Deutschländer, beider Landessprachen mächtig, nach in Conditione, sucht unter bescheidenen Ansprüchen Stellung für Comptoir. Gehäl. Rechte koste ersehen postea restante Reichenberg in Köthen K. N. 100.

Gesucht wird ein Reitpferd,
hellbraun, groß, gut geritten und ganz truppenreum. Abreisen bietet man an den Hofplatz Hlbg. hier, Garde-Regiment, zu schicken.

Prima Bäcklinge
Post-Nr. 50 Stk. — 1,80 Pf.
Kiel
Große Speck-Fländer, 8-12 Stk. Stk. 2.50.
J. H. Hansen.

Familienhaus
1884 (Villa)
Hohe Straße 4
(Grundstück der Wieland- und Hohe Straße) mit selbstständigen 10 Zimmern, Garten, mit 1/2 Hektar halber Acker. Das Grundstück ist gleich bezugsbar. Nur erprobte Selbstbauer wird Akquisen nebenan Hohe Straße 4 b, Dart. mitgetheilt.

Tageskalender.
Dienstag, den 16. Mai 1882.

Königl. Hoftheater.
(In Köthen.)
Figaro Hochzeit. Oper in 4 Acten. Auff. von H. R. Meyer. Die Gäste: Frau Schiller, vom Stadttheater in Nürnberg, a. G. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Mittwoch: Die Karolinger. Trauerspiel in 4 Acten von E. v. Wilhelmsen. Donnerstag: Die Ungarn. Große Oper in 5 Acten. Nach dem Französischen des Verbe frei bearbeitet. Auff.

von Giacomo Meyerbeer. Valentine: Frau Schiller, Weber: Herr Jensen, von Köth, a. G.

Königl. Hoftheater.
(In Köthen.)
10. Vorstellung im 7. Abonnement.
Auf der Brandfahrt. Lustspiel in 4 Acten von Hugo Bürger. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Stimmzug: Weisungen.
Donnerstag: Weisungen.
Schwan in 5 Acten von G. v. Keller.

Reizend Theater.
König. Hoftheater. Hoffe mit Bezug in 3 Acten von H. Wilke und C. Schumann (Verfasser von „Die drei Heine“, „Der Jäger“). Auff. von Gustav Weisung. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Familiennachrichten.
Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen statt besonderer Meldung hierdurch an
Leopold Koppel
und Frau.
1890

Alfred Stengel,
Premierlieutenant d. R.
Eugenie Stengel,
geb. Hamilton.
Vermählt.
Burg Godesdorf, den 11. Mai 1882.

Heute Nachmittag erdete ein sanfter Tod das lange, kranke Leiben des
Dr. med. Carl Robert Heine.
Diesbetriebe zeigen dieses Verewandten, Freunden und Bekannten nur auf diesem Wege mit der Bitte um stille Theilnahme an
1896 die Hinterlassenen.
Dresden, am 12. Mai 1882.

Hauptgewinne
5. Klasse 101. Kgl. Sächl. Landeslotterie
14. Ziehungstag am 15. Mai 1882
(Nach telegraphischen Privatnachrichten.)
50000 Mark auf Nr. 62907.
30000 29225.
5000 29970.

Hierzu eine Beilage.
Verd von E. G. Teubner in Dresden.

Reichstagsverhandlungen.

Berlin, 13. Mai. Dem heutigen dritten Tage der Generaldebatte über den Tabakmonopol im Reichstage mangelt es an aufregenden oder spannenden Momenten gänzlich: ein Beweis dafür, daß das Thema neue Seiten der Betrachtung den Rednern nicht mehr zu bieten vermag.

Abg. Sander (national-liberal) sprach gegen den Monopol; er meint, nachdem so lange ein Handelsvertrag ein Unterstaatssecretariat erfordern ließe, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht habe, auf dem Tabak mehr herauszuschlagen, sollte doch einmal ein anderer Unterstaatssecretariat erfordern, der seine Aufgabe dem Schatz zuwenden; er könne das durch den Respekt in den Worten der Abgeordneten nicht anerkennen. In keiner andern Industrie komme es so viel auf den Verbrauch und die Bevölkerung des Landes an. Redner besprach dann eingehend die Vortheile über den Bau, Export und Handel von Tabak. Wie viel Arbeiter übernommen würden, wie viel reichlich werden müßten, sei gar nicht zu übersehen. Man hätte doch bis zum 5. Juni warten sollen, wo man bei der Berücksichtigung ermittelt wird, wie viel Leute in der Tabakindustrie beschäftigt sind. Die Entschädigungen, welche gezahlt werden sollen, seien viel zu niedrig. Die Vorlage sei unannehmbar, auch eine Commissionserörterung werde nicht helfen.

Abg. v. Bismarck erklärte sich für eine längerfristige, bei Salz und Bäder eine viel höhere Steuer bringe, als der Tabak (Bismarck: Braunstein). Der Braunstein bringe jetzt mehr als der Tabak, aber er könne auch noch etwas höher besteuert werden. Das Monopol ist die beste Steuerform, weil eine höhere Tabaksteuer ein Monopol der Großindustrie schaffen werde. Die Entschädigungen erfordern dem Redner vollständig angemessen; ein Verzichtsprinzip ist dafür nicht vorhanden. Die Tabakfrage werde nicht eher von der Tagesordnung verschoben, als bis der Tabak in dem indirecten Steuerwesen die Stelle einnehme, die ihm zukomme.

Abg. v. Söller (Radicaler, deutsch-conservativ) erklärte sich gegen den Monopol, aber für eine Commissionserörterung der Vorlage, weil er glaube, daß dadurch noch mehr Gegner derselben auftreten würden. Redner empfahl die Spiritussteuer und die Biersteuer als dem Monopol vorzuziehen und sprach dann: Wenn der sächsischen Abgeordneten anderer Fraktionen habe ich zu erklären, daß ich ihnen Anrecht auf die sächsischen Steuern einräumig ist, für das Monopol zu stimmen; sie können in demselben nicht als eine irrationale Volk- und Finanzmaßregel erwidern. Was in sozialpolitischer Beziehung dabei herauskommt, das hat Herr v. Söller gestern schon sehr deutlich gesagt. Was es denn bei den heutigen sozialen Verhältnissen das Monopol noch vergrößern? Sie würden mit dem Monopol eine sociale Gefahr heraufbeschwören, die nach dem Capital auch den Grundbesitz ergreife. Wir wollen alle Lebenskräfte, Capital, Grundbesitz und Arbeit, gleich erhalten, das ist unser selbstverständliches Standpunkt; wir haben jener Gefahr gegenüber die Aufgabe, auch in dem Monopol die Abkämpfung zu sehen. (Söller.) Wenn die Freunde des Monopols vor der Abkämpfung eine Reihe durch die Tabakindustrie bedingt machen wollen, dann dürfen sie zunächst das Salz nicht mehr besteuern, herbei zurückkommen und für das Monopol zu stimmen. Das Ministerium mit dem Herrscher hat für das Monopol einstimmig, ist sehr begrifflich, hat beschlossen sich von 10,000 Reichsmark mit 100 mit Tabak in Baden v. v. Württemberg würde also aus dem Monopol viel mehr Nutzen ziehen, und es ist doch etwas Bedrückendes, auf den Bestand des Reichs eine solche Maßregel zu beschließen. (Zustimmung.) Und warum ist denn dem Reich wirklich nur eine Form der Besteuerung zu Gebote stehen? Es geht doch noch hauptsächlich um zwei Punkte, die ganz bedeutende Einnahmen abgeben. Wenn Freunde von der Rechten empfinden ich recht warm die Brauindustrie (Söller gut! laut), aber die Steuern läßt sich ja freieren; und Jansen (links) eine höhere Biersteuer! Auch glaube ich, daß der Tabak eine höhere Steuer kaum wohl noch vertragen kann. Die Regierungsbehörde dürfte sich kaum erheben lassen, die Tabaksteuer oder ist für uns freier, aber auch unter dem Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Abg. Dr. Barth rügte die Unannehmlichkeit der sächsischen Grundbesitzer, auf welcher zum Theil die heutigen Anträge des Unterstaatssecretärs v. Wagner, sowie die vorliegende Reichsliste beruhen, und brachte Daten über die 1875 in Preussens sächsischen Tabaksteuer, welche freierweise zu Gunsten des Monopols sprechen. Daß in der Vorlage die niedrige Preise in Kauf genommen seien, werde am besten durch die, daß man es mit einer unzulässigen Theorie zu thun habe. Der § 71 (welcher die Anwendung des Gesetzes auf die Zollvereine einem besonderen Gesetze vorbehält), zeige von dem Ministerium für diese Rücksicht. Obwohl die Commissionserörterung an sich unzulässig, würden seine politischen Freunde sich doch, wenn dieselbe beschaffen würde, eifrig an demselben beteiligen. Gegenstand der Rede war die Unterstaatssecretäre Dr. v. Wagner durch den Redner gewordene Bericht. Der Unterstaatssecretär Dr. v. Wagner hat zunächst vor drei Tagen an einem kleinen Antritt ein Gut gesagt, das vollkommen falsch war; er hat, um dem Herrn Tabakhandel eine moralische Anklage, die Entziehung dieses Handels in einem abhängiger Weise geschieht und sich dabei auf die sächsischen Verhältnisse einer hantelischen Autokratie im Handel beziehen. Diese Anklage gegen letztere aber in Wirklichkeit! Vor 30 Jahren hätte Bremen den Kaiserlichen seine Schiffe zur Verfügung ein Land, der sächsischen die Lösung des Tabakhandels einzieht; sie haben seit vollem Jahr auch in Bremen eine beherrschende Capitalverwaltung. Dann kann man doch keinen Schimmer einer Vertheilung sein, dem Bremer Tabakhandel einen Theil anzubringen. Ueberhaupt haben sich in den Worten eine Schätzung der sächsischen Verhältnisse, wie sie in einer ersten Schritt nicht vornehmen sollte. Der Herr ist zu leicht zu erziehen, es gibt die Commissionserörterung zu übersehen. Man hat in den Worten, um nur eine heranzuziehen, den Glauben zu erwecken, als wenn man in dem Reich die sächsischen Kaufleute einen Bundesgenossen hätte; man hat zu diesem Zwecke die sächsischen Verhältnisse mit der Commissionserörterung nach dem Reich gebracht; diese Weise ist man zu weit gegangen, die sächsischen Verhältnisse, die gar nicht zu vergleichen sind. Auf der andern Seite hat man die sächsischen Verhältnisse, welche aus dem Monopol in Höhe und Größe zu zeigen sollen, vollständig in Licht zu stellen gesucht. Unterstaatssecretär für sächs. Verhältnisse Dr. v. Wagner: Ich habe zunächst gegen den Abg. Barth einzuwenden, daß ich das Mittel, welches er erwidert, in gutem Willen gemacht habe; es hat sich nachher herausgestellt, daß ein typographischer Fehler in der Rede war, und ich habe bereits im Dr. Präsidenten Ackermann eine diebstahlige Erklärung abgegeben. Wenn der Dr. Ackermann meint, daß sächsische Kaufleute unter Bundesgenossen gewesen, so ist das natürlich falsch. Das sächsische Amt hat die Angaben der Angehörigen corrigirt und unverändert; es hat den Gesamtconsens im Allgemeinen höher gehalten als die Angabe. Wenn wir auf die französischen Verhältnisse hingewiesen werden, so haben wir den hier französischen Monopol, können also auch keine französischen Verhältnisse gebrauchen. Frankreich hat trotz der Unannehmlichkeit ein Monopol in diesem gewöhnlichen Weise zu erwidern, haben wir für unzulässig gehalten. Eine Entschädigung für die beiden Städte Bremen und Hamburg anzubringen, war natürlich unzulässig. Der Reichshandelsrat wird vielleicht dort noch zusammen (Walden hat), vielleicht auch der Handel

mit Rohstoffen. Eine Gefährdung zu Gunsten der beiden Städte konnte man doch nicht in die Rechte aufnehmen. Es ist wiederholt nach dem „großen Unbekannten“ gefragt worden, welcher aus dem Reichshandelsrat von 65 Werten angerechnet hat. Hier in der „Sächsischen Landes-Zeitung“ Nr. 110 von 1881 ist der „große Unbekannte“. Da gibt eine Hamburger Firma, Oberhoff, eine Gewinner des Monopols, den Ausschlag des Handels auf 20 bis 30 Prozent, den des Reichshandelsrat auf 40 bis 50 Prozent an. Der Brief ist an den Professor Wagner gerichtet. Der Ausdruck „unbrauchbarer Tabak“ wird sich vielleicht in der Commission noch präzisieren lassen. Dem Tabakhand wird in Bezug auf Export, wenn er allein für diesen getrieben wird, gar keine Schande ausgeht. Die Handelsindustrie soll keineswegs durch die Kontrolle ruiniert werden; viele sind nur in demselben Weise geübt worden, wie sie jetzt jeder große Fabrikant seinen Hausarbeiten gegenüber thun mag. Dem Abg. Staudenbergs gegenüber behauptet ich, daß ich wohl berufen war, die sächsischen Communalverhältnisse bei meiner Mitwirkung in Bezugung zu ziehen. Dieses Monopol ist ein viel schwereres als dasjenige, welches die sächsischen Staaten unter dem Zollverein in den fünfziger Jahren einstimmig beschlossen hatten. Was die Kostenberechnung betrifft, so können wir uns nur auf die sächsischen Verhältnisse beziehen und bestehen, nicht auf andere Länder. Der Consens würde allerdings günstigere, wenn man die Tabakhand reinigt, und dann würde man auch das Monopol einbringen. Ich bin wiederholt um eine Bilanz der sächsischen Manufaktur angegangen worden. Wenn ich diese hier vorlege, so würde ich möglicherweise eine sächsische Waage gegen Sie (an Söller) geben. Sie gehört aber nicht hierher, der Landbesitzer hat von sich selbst zu sagen, was die Finanzen jetzt für die sächsischen Verhältnisse sind, und werden dieselben wirklich günstig, so gibt es eine Fahrt nicht den Kaufmann. Was den Export im französischen Parlament betrifft, den der Abg. v. Staudenbergs erwidert, und den es sich um Einführung des Salzmonopols handelt, so werden in der französischen Kammer nicht sächsisch die erlaubten Verträge gestellt, so war gegen ein solches auf Aufhebung aller directen und indirecten Steuern. Daraus kann man nicht Argumente gegen unser Monopol entnehmen. Sie sagen immer, es müßte endlich Ruhe sein; die Tabaksteuererhöhung ist doch nicht möglich? (Söller: ja! ja!) Ist es möglich, wenn das Monopol diese Ruhe bringt? Das geht ich an, die Regierung muß die Waage festhalten, daß das Monopol der Industrie den Schaden zu kommen, aber das Tabakmonopol ist, daran halten wir fest, der einzige Weg, auf dem das Reich zu einer erhöhten Einnahme gelangen, und der überall geübte Steuerdruck gemindert werden kann.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

haben, lassen sich nicht noch einmal in dieselbe hinein wählen! (Große Heiterkeit.) Nachdem die Commission von 1879 mit 11 gegen 8 Stimmen das Monopol abgelehnt hat, ist eine erneute Commissionserörterung unzulässig. Das Monopol ist dem deutschen Volk wie jede sächsische Verfassung unzulässig; die Vorlage ist dann auch so ausgearbeitet, als ob die Regierung ganz allein vorhanden wäre, auf das Volk resp. die Volkserziehung ist keinerlei Rücksicht genommen. Der Reichstagler verlangt eben eine Zustimmung auf die Vorlage, wie im Landtage über das Verordnungsrecht. Auch hier verlangt man eine Commissionserörterung, wie beim Verordnungsrecht. Und der letzte Zweck dieses Verlangens ist eine Dickerklärung des parlamentarischen Systems. Soll denn etwa nach der Ablehnung des § 1 die Beratung weiter geführt werden? Wir sind die liberale Bewegung wenigstens werden und an ferneren Bestimmungen und Beratungen nicht mehr betheiligen, wie ich schon jetzt erkläre. Wer hat denn heute überhaupt noch Ruhe? Unruhe ist der Charakter des heutigen Reichstags; langwierige Regierungssysteme. Es fragt sich heute: Wie ist in Deutschland nur den einen entscheidenden Willen des Reichs, oder gibt es noch einen andern Willen im Reich gegen ihn? Das Monopol muß der Wille des Reichs sich beugen. Dazu kann aber eine Commissionserörterung nicht dienen, sie kann die Frage höchstens verdeutlichen. Darum lehnen Sie die Commissionserörterung ab und verwerfen die Vorlage in zweiter Lesung! (Wohlfahrt Bravo und Pfiffig.)

Zur Geschäftsordnung konstatiert Abg. Magdinski, daß die Polen wegen Schlußes der Debatte nicht zum Wort gekommen seien; für die Commissionserörterung würde es stimmen. Abg. v. Wenda bemerkt gegen den Abg. Fick v. Hammerstein, daß die national-liberale Partei nicht (wie Jener aus der Rede des Abg. Fobrecht entnommen) ihre Stellung zum Monopolfrage von politischen Erwägungen abhängig gemacht habe; sie wolle jeder Regierung das Monopol verweigern. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Meier (Bremen), Fick v. Hammerstein, Dr. Barth, Wagner (Stuttgart), Kroyer, Fick v. Hammerstein und Dr. Wundthorst wird über die Frage der geschäftlichen Behandlung der Vorlage auf Antrag der Abg. Kroyer und Wundthorst namentlich abgestimmt. Mit 162 gegen 121 Stimmen wird die Vorlage mit dem Antrage Aufhebung einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Erste Beratung der Vorlage, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter. Schluß 5 Uhr.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Fick v. Hammerstein: Es ist kein Bedauern, in diesem Augenblicke für das Monopol zu sprechen, ich habe es auch nicht zu meinem Bedauern. Nicht für den Tabakmonopol, sondern als Beispiel treten wir ein, sondern weil wir in der dreitägigen Debatte keine Ruhe gegen das Monopol gehabt haben. (Frage, lang anhaltend Fortsetzung.) Ich frage mich, daß Sie Ihren Dummor noch nicht verloren haben. Ich trete also für das Monopol ein, weil ich keine Ruhe gegen das Monopol gehabt habe, die mich hätten überzeugen können, daß es etwas Besseres gebe, die notwendige Steuerform durchzuführen. Selbst die Gründe des Abg. v. Söller waren für mich nicht überzeugend, obwohl seine Ausführungen sehr interessant waren; sie sind einfach unzulänglich. Das socialdemokratische Ideal ist nur durchführbar, wenn man die Production in allen civilisirten Staaten gleichzeitig eine alle Entschädigung vertheilt. Der Monopolgehalt ist nicht neu und nicht socialistisch, denn es werden Entschädigungen gezahlt. Es sind früher schon Concessionen von Privatunternehmen und Appropriationen ohne entsprechende Entschädigungen vorgekommen. Das die Fortschrittspartei in Berlin nicht ein Salzmonopol gefordert für den vormaligen Reich und unter der Regierung im Norden Berlin verordnet ohne alle Entschädigung? Der Fortschritt ist in seiner Beziehung auf die Arbeiter, aber auch der Mikroskop ist kein Verhängnis über sich selbst und es müßte sich vielleicht eine Combination von Weizen, Salz und Tabaksteuer als das Beste bezeichnen und so bis 100 Millionen einbringen, während die jetzige Vorlage mit diesen Betrag nicht zu verdrängen scheint. Von guten Freunden ist mir gesagt worden, die jetzige Vorlage sei gar nicht erst gemeint, deshalb erst das Monopol, dann dreiereich nicht lange, bis die Preise sich erhöhen, daß es 300 Millionen beträgt. Das hat mich sehr bedrückend gemacht; ich glaube nicht an eine derartige Politik der Reichsregierung, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen und dieser möchte ich noch kräftig vorbringen! Auch aus diesen Gründen erkläre ich mich mit meinen Wahlgenossen gegen das Monopol (Zustimmung redt).

der Mitglieder um 5305 R., aber auch der Betrag der Unterstufungen um 5584 R. Besondere Rothstände sind nur vorzuziehen aufgetreten, z. B. Typhus und Diphtherie epidemisch in Weissen, Rignow der Kartoffeln in Heidelberg und Seiffen, im Bezirk Frauenstein, sowie im Auerbacher Bezirk Verdienstlosigkeit der Landwehr. Am günstigsten standen die Arbeitsverhältnisse im Annaberger Bezirk. Trotz der hohen Brodpreise und der herabgesetzten Löhne machte sich doch in vermehrter Arbeitslosigkeit eine Besserung der Arbeitsverhältnisse bemerkbar. Die Oberleitung sämtlicher Frauenvereine, welche unter dem Protectorate Ihrer Majestät der Königin stehen, liegt in der Hand des Centralausschusses unter dem Vorsitz des Geh. Rathes A. v. Kraushaar in Dresden. Alle Vereine sind einem der 9 Bezirksvorstände unterstellt und haben alljährlich durch Vermittlung derselben Rechnung zu legen. Jedoch haben nur die Frauenvereine des oberrheinischen und Vogtlandes das Recht, die Einordnung in das Gesamtinstitut mit ihren Vergütungen nachzusuchen.

Limbach, 13. Mai. (Ch. Tabl.) Unsere Städtefrage hat jetzt ihre Lösung infolge gefunden, das königl. Ministerium des Innern auf dem Instanzwege der hiesigen Gemeindebehörde hat mittheilen lassen, daß dasselbe geneigt sei, den Ort Limbach in die Reihe der Städte des Sachsenlandes aufzunehmen. Anlässlich dessen wird namentlich der Gemeinderath veranlaßt, wegen erstmaliger Wahl und Constatierung der sächsischen Collegien, über die Zeit der Einführung und der daran sich knüpfenden Nebenbestimmungen sich schlüssig zu machen und das sonst demgemäß Erforderliche zu besorgen. Das Collegium des Gemeinderaths hat daraufhin in einer jüngst stattgefundenen Sitzung beschlossen, die verordnete Städteordnung mit dem 1. Januar 1883 einzuführen, in nächster Zeit die Verzeichnisse anzufertigen betreffs der zur Erwerbung des Bürgerrechts verpflichteten Einwohner, die so fern erforderlichen Bürgerpflichtungen durch einen staatlich ernannten Commissar vornehmen zu lassen, die Zahl der Stadtverordneten auf 27 zu normiren, wovon 4 anlässlich und 2 unanlässlich sein sollen, ferner 4 anlässlich und 2 unanlässlich Erbkämmerer gleichzeitig mitzumahlen, ferner die Erbkämmerer alle 2 Jahre stattfinden zu lassen, das Rathcollegium mit dem Bürgermeister, der juristisch gebildet sein muß, mit noch 6 Mitgliedern zu constituiren, die Ausschreibung der Bürgermeisterstelle noch von dem jetzigen Verwaltungskörper vornehmen zu lassen, damit nach erfolgter Constatierung der sächsischen Collegien die Wahl des Bürgermeisters sofort erfolgen kann, endlich die Benennung für den Ortsthier Kändler „Limbacher Knecht“ in Wegfall kommen zu lassen.

Glauchau, 12. Mai. (Ch. Tabl.) Gestern Abend gegen 7 Uhr wurde beim Wühlensberger Friedhof ein in Schlangigkeit das 14 Jahre alte Dienstmädchen Luise Clara Meyer aus Glauchau von dem daselbst in Dienst stehenden Knecht Moritz Lau mittelst eines Jagdgewehrs in einem Wäldchen erschossen, in dem daselbst beschäftigt gewesen war, erschossen. Lau hatte das Gewehr gehoben, mit Schrot geladene Wechse, welches in der Haustür, hinter der Trepp

beim Anrufen der auf dem Fallort beehäftigten Arbeiter das Uebergewicht bekommen hat und in der Schacht gefürzt ist.

—g. Zittau, 14. Mai. Am 10. d. hat sich auf der Brauereigrube „Johanneszede“ in Oppelsdorf bei Zittau der Bergarbeiter Christian Lebegott Waldhütter aus Reichenau, infolge Ausgleitens des rechten Fußes, erhebliche Verletzung des Gelenkes zugezogen.

—f. Zittau, 14. Mai. Gestern Vormittag gegen 10 Uhr wurde aus dem Baareneller der am Markt befindlichen Droguenhandlung von G. H. Rood eine heftige Detonation vernommen; 2 Behälter waren beschädigt gemessen, Carbonsäure abzufließen und dabei unvorsichtiger Weise mit einem offenen Licht dem Hause zu nahe gekommen, infolge dessen dieser Stoff, sowie andere Flüssigkeiten in Brand gerathen und die beiden Lehrlinge niedergeworfen und betäubt worden sind. Durch schnell herbeigekommene Hilfe sind dieselben aus dem Keller geschafft worden; jedoch ist ihr Zustand ein höchst bedauerlicher, indem sie am ganzen Körper, namentlich auch Gesicht verbrannt sind. Wenigstens bei dem Eintritte sind die Verletzungen lebensgefährlich. Durch sofortiges Verstopfen aller Kellersöffnungen ist dem Weiterverbreiten des Feuers Einhalt gethan worden.

Der Brand der Hygieneausstellung in Berlin.

Ihre Majestät die Kaiserin, die hohe Protectorin der Ausstellung, hat an den Ausschuss der Hygieneausstellung folgendes Telegramm gerichtet:

„Schick auf das Tiefste ergriffen, dass ich zunächst Meiner Trauer und Theilnahme Ausdruck verleihen durch die Versicherung, wie ich für alle die unangenehmlich schwere Prüfung jämmerlich empfinde, deren niederbeugende Last ich mit Ihnen theile. Ich sehe indessen fortlaufenden Mittheilungen entgegen über die weiteren Vorgänge und ermahne Sie, die ruhige Festung zu bewahren und der schwierigsten Aufgabe gerecht zu werden, welche Ihnen obliegt und deren zweckdienliche Lösung ich Ihnen ganz anheim geben muß, indem ich mich freue, Sie bei jeder Gelegenheit an Ihren Bestrebungen theilnehmend zu wissen.“ Kaiserin-Königin.

In der am 13. d. (Sonabend) Abend stattgehabten Ausschusssitzung führte der Kronprinz den Vorsitz. Staatsminister a. D. Fobrecht erläuterte dem Kronprinzen Bericht über die Beschlässe, die der Ausschuss angefaßt hat, das traurige Ereigniß bis dahin zu lassen im Stände gewesen war. Der Inhalt dieser Beschlässe gipfelte darin, daß vor allen Dingen das begonnene Werk zu Ende geführt werden müsse. Ueber die Details habe man sich der Natur der Sache nach nicht schlüssig werden können; der Ausschuss halte sich aber verpflichtet, sofort wieder an Werk zu gehen, um an der Hand der gemachten Erfahrungen das zu Grunde Gegangene zu reconstituieren und Besseres als das Verlorene zu schaffen. Die nähere Beschlußfassung wolle der Ausschuss dem am 16. d. (Dienstag) zusammenzurufenden Centralcomité überlassen. Der Kronprinz bestonte, daß er zur Zeit der Angelegenheit ganz unfassbar gegenüberstehe und bis jetzt mit keiner Behörde Rücksprache genommen habe, äußerte sich aber durchaus zustimmend gegenüber den Beschläffen des Ausschusses und hob hervor, daß es unter allen Umständen wünschenswert sei, einer Wiederholung eines derartigen Unglücks durch Beschaffung eines massiven Ausstellungsgedächtnisses vorzubeugen. Zu diesem Zwecke sei der Richter Bohnhof, der vielleicht als Bahnhof eingehen solle, ein geeigneter Raum, und er halte es für naheliegend, den Minister anzugehen, denselben zur Verfügung zu stellen. Der Kronprinz wiederholte die Aufforderung an die Verammelten, den Ruch nicht sinken zu lassen, und fügte hinzu, er werde der Sache seine vollkommene Theilnahme und Hilfe auch fernhin bewahren. Jedenfalls machen sich in maßgebenden Kreisen, namentlich auch seitens der Feuerwehre erhebliche Bedenken gegen die fernere Verwendung von Holzbauten zu Ausstellungszwecken geltend.

Der Schaden, den das Feuer angerichtet hat, ist ein ungeheurer. Dem „Dsch. Lgt.“ zufolge waren 2 300 000 M. Werte verbrannt, gegen 1 1/2 Millionen aber leider unverändert. Von Dem, was sich im großen Hauptgebäude befand, hat nichts gerettet werden können. Es sind zum Theil Arbeiten verloren gegangen, die nicht wieder hergestellt werden können, z. B. graphische Zeichnungen, die Utensilien etc. Im Ausstellungsgedäude befindet sich kein Gas, keine Küche; wie das Feuer eigentlich entzündet, ist bis zu dieser Stunde nicht festzustellen gewesen. Wie die „Nat.-Ztg.“ mittheilt, sind u. A. verbrannt: Die Ausstellung des preussischen Finanzministeriums, 8 Bogen etc., die Collectivausstellung des Handelsministeriums (Modelle und Pläne sanitärer Einrichtungen). Großentheils verbrannt ist die Ausstellung des Justizministeriums (Gefängnisrichtungen etc.), des Cultus- und des Arbeitsministeriums. Vernichtet ist das Bildergemälde Panorama, die kostbare Bibliothek, die ausserliche, kaum je wieder zu ersiehende Sammlung der preussischen Regierung, das „Normalwohnhaus“, die Pläne zu dem „Normaltheater“; sie alle sind mit dem Gebäude zu Grunde gegangen. Verbrannt ist die Ausstellung des württembergischen Ministeriums, die der Stadt Wien (höchst werthvolle Modelle und Pläne), größtentheils die von Buda-Pest. Ferner sind verbrannt die Pläne von Schlachtfeldern von Breslau, München, Hannover etc., die ganze Gruppe 10 (Wohnniederlagen), Gruppe 9 (Schulniederlagen), 19 (Toilettengegenstände, Hauptplätze, ferner die Vorkorrichtungen mit Ausnahme der Berliner, die Ausstellung für Rettung aus Wassergefahr, veranstaltet von der deutschen Seewarte und der deutschen Gesellschaft für Handel und Schifffahrt in Hamburg. Verbrannt sind ferner sämtliche Konferenzen, Rahmungs-mittel, Weine u. s. w. und die ganze Collectivausstellung der Bergwerksverwaltungen. Verschieden blieben u. A. in den Höfen der Stadtbahn. — 5 Bogen sind fast vollständig ausgebrannt — die Collectivausstellung des österreichischen Kriegsministeriums, 2 Kranenwagen des preussischen Kriegsministeriums, 2 Kranen-eisenbahnwagen, während die auf dem Gleiser der Bahnen stehenden Kranen-eisenbahnwagen verbrannt sind. Verschieden ist ferner noch die Ausstellung der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Von einem Berichterstatter, der zufällig am Freitag auf dem Ausstellungspfad der Hygiene zur Besichtigung desselben anwesend war und dem Verlauf des schred-

lichen Brandunglücks in nächster Nähe beizuwohnen, gehen dem „Dsch. Lgt.“ über dasselbe noch folgende Einzelheiten zu. Vor allen Dingen muß der brave, unerfahrenen Feuerwehre, deren einzelne Mitglieder oft mit an Tollkühnheit grenzender Todesverachtung dem entzündlichen Element zu Leibe gingen, das höchste, unerschütterliche Lob zu Theil werden. Der Berichterstatter hat Feuerwehrlente gesehen, die, ohne das Commando ihres Offiziers abzuwarten, die Leitern an lichtlos brennende, schon schwankende Holzbauten anlegten, um mit Lebensgefahr zu weit heranstrebende brennende Spalten herabzusteigen, um zu verhindern, daß sie im Fallen nicht das immer wieder zur Brandstätte sich drängende Publicum verletzen. Aber auch der Schutzmännlichkeit und ihrem Offizieren muß lobend nachgesagt werden, daß sie in möglicher Weise dem oft unerhört unvorsichtig und äußerst zudringlich handelnden Publicum gegenüber traten. Graulich interessant war es zu sehen, wie der Pavillon, in welchem das „Café Bauer“ etablirt war, von der Feuerwehre aufgegeben werden mußte und der schändlich umspringende sturmartige Wind die Flammen erst thurmhoch peitschte und dann, gleich einem spitzigenen Fegfeuer zu dem schräg gegenüber liegenden wunderbar schönen Hauptgebäude hoch über die dazwischen liegenden Holzbauten hinwegtrug.

Die Wiener Ringtheaterkatastrophe vor Gericht.

Der 13. Mai (der 19. Verhandlungstag) wurde eröffnet mit dem Plaidoyer des Verteidigers der beiden angeklagten Feuerwehrmänner Wilhelm und Herr, des Dr. Fialla, welcher mit Schärfe und Gelehrsamkeit Alles vortrug, was seine Klienten entlasten konnte. Die aufricht erhaltene Beschuldigung bestche lediglich darin, daß der Commandant und der Exerciermeister der Feuerwehre es unterlassen haben, sich sofort nach dem Eintreffen auf dem Brandplatze davon Gewißheit zu verschaffen, ob noch Menschen der Rettung aus dem brennenden Hause bedürfen, und weiter darin, daß die von ihnen eingeleitete Action keineswegs auf die Rettung von Menschenleben angelegt war. Höchst geistreich und mit mancher schlagenden Wendung führte Dr. Fialla die Idee durch, daß man sich wohl hüten müsse, das Verbrechen von Intentionen mit dem Verschulden von Personen zu verwechseln, die Individuen für Das verantwortlich zu machen, was im System liegt. Auch die Ausführung, daß es strafrechtlich ein großer Unterschied sei, einen Menschen in Gefahr zu bringen, oder ihn aus einer Gefahr, in der er sich befindet, nicht zu retten, wußte Dr. Fialla interpellant zu gestalten.

Der weitere Verlauf der Sitzung war dem Klein-gewerbetreibenden der Repliken und Dupliken gewidmet. Wieder stand der Staatsanwalt Dr. v. Belser auf der Höhe seiner Aufgabe. Er begann: Gestatten Sie mir, in wenigen Worten zunächst den Ausführenden des Verteidigers des nunmehrigen Hauptangeklagten Franz Jauner zu begegnen. Es wurde von Seite des Verteidigers des Franz Jauner vor Allem Klage darüber erhoben, daß die öffentliche Meinung, und ich glaube, sie steht noch heute auf Seite der Anklage, vornehmlich ihr Urteil gefällt hat, unter Vorurtheilen zu Werke gegangen ist, daß sie ihrem Klienten verurtheilt hat, bevor ihm das Recht gegeben war, gehört zu werden. Es ist dies vielleicht denkerlich, allein es ist gewiß richtig. Wenn in dem ersten Augenblicke schon, wo die Kunde jener schrecklichen Katastrophe sich verbreitete, auch ebenso allgemein bekannt war, daß zur Zeit des Ausbruches des Brandes in jenem Unglückshause gar nichts, oder auch gar nichts gezeigelt war, um die Katastrophe hintanzuhalten, oder ihre Wirkungen zu hindern, daß selbst die damals üblichen Schuttmittel verlag haben, daß Derjenige, welcher zunächst verantwortlich ist, sich nicht an Ort und Stelle befand, und als er angekommen war, sich um das Publicum nicht kümmerte, gleich seinen Leuten, dann ist es wohl erklärlich, daß im ersten Aufwallen sich die ganze Erbitterung gegen Jenen richtete, welchem unkontrollierbar Dunder über Menschen ihr Leben anvertrauten. Ob und inwieweit ein strafrechtliches Verschulden nachweisbar ist, steht bei Ihnen, aber einer Bemerkung möchte ich vor Allem entgegenzutreten, jener Bemerkung des Verteidigers, daß der § 335 des Strafgesetzbuchs nur den Durchschnittsmenschen, nur eine gewöhnliche Voraussetzung im Auge habe. Ich glaube nicht, daß Franz Jauner, von welchem wir — und ich erlaube es gern an — so viel Rühmliches zu vernommen haben, damit einverstanden sei, einfach für einen Durchschnittsmenschen, für einen alltäglichen Menschen gehalten zu werden, welchem nicht mehr Voraussicht zugemethet werden könne, als irgend einem ganz gewöhnlichen Menschen. Jener Durchschnittsmensch ist nicht nur eine mythische Figur, als welche der technische Leiter eines Theaters bezeichnet wurde, sondern auch eine ungeheuerliche Figur. Es handelt sich keineswegs darum, wie der Verteidiger in seiner Auslegung des § 335 meint, ob das Maß gewöhnlicher alltäglicher Vorsicht beobachtet worden ist, sondern darum, ob das Maß jener Vorsicht eingehalten wurde, welches mit Rücksicht auf die Individualität des Franz Jauner mit Rücksicht auf die Verhältnisse und Umstände, welche obwalteten, geboten war. Was der Staatsanwalt zumal gegen den Polizeirath Lanstheimer vortrug, war bitterster Sarkasmus; es war das sogenannte eine Par-donnierung mit Rollenstücken. Er findet es sonderbar, daß Polizei und Feuerwehre, wie aus dem Plaidoyer der Verteidiger hervorgeht, sich die Verpflichtung zur Menschentrettung gegenseitig zuschieben. Aus diesem Dilemma komme man nur dann heraus, wenn man sagt, im Momente der Gefahr ist Jedermann, Feuerwehre und Polizei, verpflichtet, Menschen zu retten. Eine solche Verpflichtung hat ja selbst Landsteiner nicht von sich gewiesen, und er erkennt es ja selbst an, daß ihm die Einleitung einer Rettungsaction zugekommen wäre. Bei einer solchen Calamität hat weder die Feuerwehrordnung von 1817, noch die Polizeiverordnung vom Jahre 1815 zu gelten, da muß das eigene Erkennen, das eigene Empfinden und das eigene Verantwortlich Jedermann das Richtige, was er vorzunehmen hat, eingeben. Ich würde Landsteiner einen schlechten Dienst erweisen, wenn ich sagen würde: Du hast wohl Deine Menschspflicht nicht erfüllt, Du hättest wohl mehr thun können, allein nachdem Du die Feuerwehro-rdnung und die Vorschriften alle erfüllt hast, kann

man Dich nicht mehr zur Verantwortung ziehen! Ich glaube, weder das Feuerlöschpatent, noch die Polizeiverordnung können Landsteiner vor den Vorwürfen seines eigenen Gewissens bewahren, daß er gar nichts vorgelehrt hat im Momente der Gefahr und derselben irgendwie begegnet hat. Dr. v. Belser schloß seinen Vortrag damit, daß er es dem Gerichtshofe anheim-stellte, zu erwägen, welche Auffassung derselbe über die Rettungsmöglichkeit gewinnen werde; er komme zur Ueberzeugung, daß es dem Angeklagten nicht möglich war, combinirt mit der Feuerwehre die Rettung durchzuführen, dann möge ein freisprechendes Urtheil gefällt werden „zur Verwahrung des eigenen Gewissens des Angeklagten Landsteiner“.

Nach dem Staatsanwalt ergriff das Wort Jauner's Verteidiger, Dr. Edmund Singer. In scharfsinniger, gründlicher Weise durchsprach er aber-mals die vom Staatsanwalt in der Replik vorgebrachten Einwendungen gegen die Vertheidigung und schloß jedoch mit einem warmen Appell an die Richter, welcher den tiefsten Eindruck hervorbrachte.

Nach Dr. Singer sprach Dr. Warzkreiter für Landsteiner. Er wollte auch die moralischen Forderungen, welche der Staatsanwalt an seinem Klienten haltend fand, nicht dulden und war bestrebt, auch in dieser Richtung alles Entlastende für Landsteiner vorzubringen. Der Verteidiger citirte ein interessantes Actenstück, von welchem in diesem Prozesse bisher nur wenig die Rede war, den Bericht nämlich, welchen der gewesene Polizeipräsident über die Thätigkeit der Polizei am Unglückstage höherem Orts vorlegte. In demselben heißt es, daß mehrere Conspicisten mit anerkanntem-würdigem Humanitätsgefühl am Rettungswerke sich betheiligten, und daraus deducirte der Verteidiger, daß von einer Verpflichtung der Polizei, sich an der Rettung von Menschen zu betheiligen, nicht die Rede sein könne. Die Argumente, welche Dr. Warzkreiter für seinen Klienten vortrug, waren geistvoll und glänzend.

Auf die Anfrage des Präsidenten an die Angeklagten, ob dieselben eine Bemerkung zu machen haben, ergriff nur Jauner das Wort und sagte:

Die Stunde rückt heran, wo Sie, hoher Gerichtshof, über mein Schicksal zu entscheiden haben werden. Es ist für mich eines der schwersten Augenblicke meines Lebens. Seit 6 Wochen leide ich in dieser langen Pein, bis zu diesem Augenblicke habe ich tapfer ausgehalten. Was hat mich er-möglicht, überhaupt vor diesem Gerichtshof zu erscheinen? Nur das Bewußtsein meiner vollständigen Unschuld. Nach meiner Ueberzeugung gibt es überhaupt keinen Menschen auf der Welt, der der Sie, hoher Gerichtshof, mit dem Schulterschuß im Hergen hätte vertreten können. Es müßte der jüdische, der verheißene Scharer sein, wenn er mit dem Brand-mal der Schuld auf der Stirne vor Sie hinträte; als solchen Menschen kennt mich die ganze Welt nicht und auch nicht die hohe Gerichtshof. Es ist mir wie nur noch übrig, meine voll-ständige Unschuldigkeit zu betheuern. Sie haben, hoher Ge-richtshof, nicht über einen Schuldigen, Sie haben über ein Opfer der Katastrophe, über ein Opfer des Schicksals zu entscheiden. Strafe lege ich mein Schicksal in Ihre Hand und beste auf meine Freisprechung.

Der tiefere Ergreifendheit laum der Rede mächtig, sagt das „Jrbdt.“, brachte der Angeklagte in kurzen Sätzen alles Das vor, was sein Unverthes seit Wochen bewegt. Jauner hat eine Rede gehalten, die zwar nicht keinem rhetorischen Talente, wohl aber seinem von Ehregefühl durchglühenden Herzen alle Ehre macht. Er hielt keine Standrede, gebrauchte keine Pose, sondern sprach so einfach, schlicht und wahr, daß die paar Sätze, welche von seinen bebenden Lippen sprudelten, alle Anwesenden tief ergriffen. Die übrigen Angeklagten gaben durch eine stumme Verbeugung zu erkennen, daß sie auf eine Ansprache an den Gerichtshof verzichten.

Am Dienstag, dem 16. d., wird das Schlusswort zu der Ringtheatertragödie gesprochen werden. Der Gerichtshof hat zuletzt keinen ursprünglichen Plan, das Urtheil schon am Montag zu verhandeln, geändert, da gleichzeitig mit der Publication der Sentenz die Gründe derselben vorgelesen werden sollen. Am Sonntag gebot die Gerichtshof das Urtheil zu verhandeln, am Montag die Begründung auszuarbeiten, welche nach dem Publicum zur Verfügung gebracht werden wird. Der Gerichtshof wird am Dienstag Nachmittags um 4 Uhr das Urtheil über die Schuldfrage verhandeln. Das Endurtheil wird am Dienstag (spät Abends) erfolgen, das der Strafplaidoyer, sowie die eventuellen Reben der Vertreter der Privatthätigen wohl einige Stunden in Anspruch nehmen dürften.

Vermischtes.

* Nach dem offiziellen Bericht der „Offener Ztg.“ über das Grubenunglück in der Zech „Pluto“ sind im Ganzen 62 Personen aus Leben gekommen, von denen 23 direct durch die Explosion getödtet wurden. 10 zum größten Theil leicht Verletzte befinden sich im Krankenhaus. Die meisten der Todten scheinen an Erschöpfung gestorben zu sein. Ruhig und friedlich, als ob sie schliefen, liegen sie da. Dagegen haben Andere die Hände in Todeskampfe krampfhaft geballt und über der Brust verkrämpt. Wie groß die Gewalt der Explosion gewesen ist, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß der Dampf bis zum Hörschicht hinausschlug, so daß der Maschinenfahrer sogleich bemerkt, daß ein Unglück stattgefunden haben müsse. Sofort sah der Steiger Schulte mit 6 Mann ein. Bei dem Veruche, das Leben seiner Genossen zu retten, machte sich Schulte zu weit vor. Er war den Widen seiner Begleiter plötzlich entsetzt und wurde erst als Leiche wieder zu Tage gefördert. Auch ihn hatte das Einathmen der schwachen Schwaden getödtet, während seine Begleiter zum Theil die Befinnung verloren hatten. Unten im Schacht auf der dritten Sohle sah es schrecklich aus: die Bahnschienen sind durch die Gewalt der Explosion krumm gebogen, schwere Eisenplatten meterweit fortgeschleudert; die Zimmerung ist stellenweise gänzlich zerstört, mit Wüde ein Durchgang zu gewinnen. Für jeden Todes-fall hat die Zech 300 M. an die Knappschaftskasse zu zahlen. Das das Unglück entstanden ist, läßt sich, wie man der „Köln. Vbzg.“ schreibt, nicht lagern; es fehlt jeder Anhalt dazu. Man vermutet, daß einer der vielen im Schacht beehäftigten polnischen Arbeiter die Sicherheitslampe gestrichelt und so die Explosion herbeigeführt hat. Ein Beweis hierfür läßt sich nicht führen; die etwaigen Jengen sind verstummt.

Sicher ist nur, daß die Beamten keine Schuld trifft, denn die Wetterführung war vorzüglich im Stände.

* In Bezug auf die drei in Berlin verhafteten Engländer hört die „Post“, daß der eine derselben James David alias James Wilton, Williams, Berard, Jackson, Jones, George Marshall, bereits am Mittwoch aus der Haft entlassen wurde, da gegen denselben Nichts vorliegt, was seine Auslieferung nach England rechtfertigen könnte, und auch hier denselben nichts, als der Widerstand bei seiner Verhaftung zur Last gelegt werden kann. Berner alias Ferguson, Greg, Johanson, Thompson, Brown und Smith, wie Reynolds alias Fedor Barnoff, Beloff u. s. w. werden jedoch in Haft behalten und aller Wahrscheinlichkeit an England ausgeliefert werden.

* Wie unser Pariser Correspondent berichtet, brach in der Nacht vom 13. zum 14. d. auf einem großen Platz in der zum Fort des-Battes-Choumont führenden Rue-Secretan unter den zahlreich dort aufgestellten Jahrmärktenbuden ein Feuer aus, welches sich mit Blitzesschnelle über diese armenlichen, mit lauter brennbaren Stoffen angefüllten Bretterbauten verbreitete. Erst zu spät erfuhr man, daß in einer dieser Hütten fünf Kinder schliefen, deren Aeltern ausgegangen waren. Die sofort unter Lebensgefahr angestellten Rettungsversuche hatten das Resultat, drei der Kinder dem Flammstode zu entreißen, die beiden übrigen konnten erst, nachdem die Feuerwehre herbeigekommen und den Brand gelöscht, als verkohlte, antenstehende Leichen aus den Trümmern hervorgezogen werden. Mit herzerweichendem Schreien bürzte sich der bei den Rettungsversuchen verwundete Vater auf die verkohlten Reste seiner Kinder.

Statistik und Volkswirtschaft.

* Dresden, 16. Mai. Auf der Generalversammlung deutscher Papierfabrikanten, welche am den 10. Juni nach Dresden einberufen ist, kommen mehrere Fragen zur Sprache, welche auch für das Schreibende und druckende Publicum von Interesse sind. Zunächst dürfte das schon seit Jahren wiederholte Verlangen nach Decimaleinstellung der Papierpreisen (Voll, Kleb, Rollen) zur Annahme und Durchführung gelangen. Wie es heißt, wäre nur darüber noch eine Differenz vorhanden, ob das Maß zu 600 oder zu 1000 Bogen angenommen werden soll. Eine andere Frage von Belang, welche zur Berührung gelangen soll, ist die wegen der Papierformate. Im Widerspruch mit dem in anderen Ländern z. B. in Frankreich und England herrschenden Brauche, für gewisse Bücher, Zeitchriften u. s. w. ganz bestimmte Formate anzunehmen, verhält man hierin seitens der deutschen Schriftsteller, Verleger und Drucker sehr nach Belieben. Abgesehen von anderen Unbequemlichkeiten, welche daraus entstehen, ist dieser Brauch, insbesondere für die Papierindustrie, hinderlich, da man Papiere zu diesem Zwecke nicht auf Vorrath arbeiten kann. Es sollen aus Verathungen darüber stattfinden, ob man sich nicht über die Feststellung einzelner, allgemein einzuführender Formate für gewisse Zweige verständigen kann. Deshalb sind die in größeren Orten bestehenden Verleger- und Druckervereine aufgefordert worden, Beiträge zu Verathungen nach Dresden zu senden.

Der Steinbohlenbauverein Kellergube an Gerabach ergiebt im 1881er Geschäftsjahre eine um 15,2 % höhere Korbenerzeugung. Vom Herbst kamen 10 953 Bohnungen gegen vorjährig 9235 Bohnungen. Der Landbesitz betrug 78 622 hl gegen vorjährig 75 264 hl Rohlen. Die Rohlen-erzeugung erreichte die Höhe von 1 037 041 hl gegen 997 218 hl im Jahre 1880. Verkauf wurden 788 354 hl mit einem Erlöse von 439 641 M., was gegen das Vorjahr ein Mehr von 107 225 hl und 34 615 M. ergiebt. Die durchschnittliche Belegzeit betrug 300 Mann. Die Knappschaftskasse hatte einen Bestand von 26 991 M. Der Gesammtertrag von 507 228 M. hat eine Ausgabe von 470 628 M. zugezogen. Der Ueberschuß von 36 970 M. dient mit 25 069 M. zu Abschreibungen und 1900 M. gelangen zum Vortrag auf neue Rechnung.

Dresden, 15. Mai. In den weiten Räumen der vor-maligen Werbereiwerkstätte in Reuthau werden bereits wieder in unvollständiger Weise die Vorbereitungen zu der am 2. 4. 6. Juni d. J. stattfindenden VII. Dresdener Vierdeutschen-Exposition getroffen, denn die diesmaligen Annehmungen sind so zahlreich eingegangen, daß das Comité trotz eines unglücklichen Anlaufes von Entwürfen am Kulturtag nur 620 An-nemendungen entgegennehmen konnte und 120 zurückweisen mußte. Der trefflichen Lage in unmittelbarer Nähe großer Bahnhöfe, welche noch allen Richtungen die Herbeiführung des Verle-mensmaterials u. s. w. überaus erleichtert, den glänzenden und lustigen Räumen, in denen bei hervorragender Wasserwerke auch unter unglücklicher Witterung die Beschäftigung der Thiere leicht geübt werden kann, ist es nicht zu bedauern, daß die Dresdener Vierde-erexposition zweifellos eine gewisse internationale Bedeutung sich geschaften hat. Die Beschäftigung des Rathes aus allen Theilen von Europa erregt besonderes Interesse, denn es ist ein großer, wichtiger Material Markt, es wagt auf die Solidität und das Vertrauen des Comités, einem jeden Künstler in seinen Er-wartungen gerecht zu werden, gütlichzuführen. Der Verkauf der Loose ist bereits ein sehr lebhaft; es wird nach den bis-herigen Annehmungen dem Comité für dieses Mal nicht leicht werden, aus der Fülle des Gebotenen das Trefflichste auszu-wählen.

Dresden, 15. Mai. Auf dem heutigen Schlach-tviehmarkte waren 226 Rinder, 420 Schaafe und 200 Lamm-erzeugnisse oder im Summa 826 Schweine, 820 Hammel und 200 Kälber zum Verkauf gestellt. Der Verkaufsgang gestaltete sich zunächst in Rindern so flott, wie seit langen Monaten nicht, weil sehr viel fremde Käufer, darunter Exporteure aus Ruß-land, Thüringen, Ostpreußen, Westpreußen u. s. w. Ankauf zu gekommen waren und der Kaufpreis der Rinder diese Nachfrage gegenüber hoch als zu beizulagig begründet werden mußte. Vermuthlich lag deshalb sofort am ca. 5 Prozent an und wurde pro Centner Schlachtgewicht mit 60 bis 63 M. sehr genommen, während Mittelwägen sich auf 51 bis 54 und geringe Sorte auf 26 M. stellte. Nur von leichtschwerer Sorte blieb ein ganz scharfer Rest un verkauft liegen. Englische Lämmer, die sehr knapp am Platze sich fanden, galten pro Centner zu 10 kg Fleisch 68 M., Landwägen in demselben Gewichte 63 bis 64 M., und das Paar Mittelwägen 30 M. Von geringwertigen Hammeln blieben etwas überflüssig. In Schafen war ein scharfer Verkauf zu verzeichnen, so der Kategorie den vorerwähnten Restes gegenüber als ein viel zu hatter begründet werden mußte. Der Centner Schlachtgewicht von Landwägen ergabiger Kreuzung wurde mit 57 bis 60 M. und von scharfen mit 64 M. bezahlt, wobei man für den Centner lebendes Gewicht den leblichen Schafwollen bei 35 bis 40 Pf. Lohn 64 und 63 M., von ungarischen bei 40 Pf. Lohn 65 bis 60 und von 85 Pf. Lohn bei 40 Pf. Lohn 67 M. bezahlte. Das Rio Kalkfleisch stellte sich je nach Qualität auf 65 bis 100 Pf. — Schlachtlager ist darauf hingewiesen, daß der be-wichtigste Kleinhandelsmarkt wegen der Diminutionen sehr fruchtbar, den 15. Mai abgehalten werden kann. Auch ist zu erwähnen, daß auf dem heutigen Schlachttviehmarkt 2 junge Hirschkinder bayerischer Race im Vormittags um 2 200 kg, die auf der Berliner Viehwirtschaftsstellung von dem Dresdener Viehwirter Schardt angekauft und hierher gebracht worden waren, das allgemeine Interesse erregten.

Dresden, 15. Mai. (Tel. v. Dresden.) (Journ.) Die Bilanz der Bahngesellschaft Eisenbahn weist bei der A-Linie einen Gewinn von 226 574 M. auf, gegen das Vorjahr 182 270 M. mehr. Die B-Linie erzielte 348 772 M. Reingewinn, gegen das Vorjahr 262 350 M. mehr. Die dabei erzielte Gewinn wurde geteilt. Der Gewinn ist beendet. Bei dem Ueberschuß ent-spricht der Reinertrag 9,75 % des Reineinkommens.

Von der Kreisbauernschaft zu Dresden als Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitsabteilungen im Jahre 1881

A. an agrarischen Auseinandersetzungsgeheimnissen:

Table with 3 columns: description of land parcels, number of parcels, and status (e.g., 'abgelöst', 'nicht abgelöst').

Die unter 2 aufgeführte Gutungsabteilung rührt noch aus den Vorjahren her, während bei den übrigen Geschäften zugewachsen sind: bei den

Table showing the number of parcels in different categories: 'Gutungsabteilungen', 'Gemeinheitsabteilungen', 'Zusammenlegungen'.

Von den am Ende 1881 unerledigt gebliebenen 4 Gefälleabteilungen, 20 Gemeinheitsabteilungen und 152 Zusammenlegungen waren

Table showing the status of parcels: 'bereits in Wasser gebracht', 'rechtlich noch in Erörterung begriffen'.

Verglichen mit den Zahlen des Jahres 1880 hat im Jahre 1881 die Zahl der neu anhängig gewordenen Auseinandersetzungen die des Vorjahres zwar nicht erreicht, ist aber, insbesondere auch die Zahl der nicht vor Specialcommissionen anhängig, nach der Verordnung vom 28. September 1869 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 297) zu behandelnden sogenannten partiellen Grundstückszusammenlegungen nicht unbedeutend gewachsen (bez. 85 und 70 gegen 92 und 75 im Jahre 1880).

Von den im Jahre 1881 anhängig gewordenen Auseinandersetzungen sind 90 (gegen 100 im Jahre 1880) durch Befriedigung zur Vermeidung gelangt, so daß am Schlusse des Jahres 1881 noch 176 Auseinandersetzungen (gegen 188 im Jahre 1880) anhängig blieben. Auch haben sich die von Specialcommissionen geleiteten umfangreicheren Auseinandersetzungen im Laufe des Jahres 1881 von 145 auf 126, also um 19 vermindert, obwohl im letzteren 12 neue hinzugekommen waren.

Auf die einzelnen Regierungsbezirke vertheilt sich die im Jahre im 1881 anhängig gewordenen Gemeinheitsabteilungen und Grundstückszusammenlegungen, wie folgt:

Table showing the distribution of parcels across different regions: 'Sachsen', 'Dresden', 'Leipzig', 'Sachsen'.

Anlangend hiernächst

die von der Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitsabteilungen im Jahre 1881 erörterten Anträge auf Verabreichung von Kapital aus der Landeskulturrentenbank zur Ausföhrung von Ent- und Bewässerungsanlagen, so giebt hierüber nachstehende Uebersicht ausführliche Auskunft:

Large table with multiple columns: 'Regierungsbezirk', 'Jahr der Anträge', 'Kapital', 'Zinsen', 'Zinsen', 'Zinsen', 'Zinsen'.

Diese Uebersicht giebt eine bedeutende Zunahme von Anträgen auf Gewährung von Voranschüssen aus der Landeskulturrentenbank zur Ausföhrung von Ent- und Bewässerungsanlagen (108 gegen 46 im Jahre 1880), sowie des Gesamtbetrages der gewährten Voranschüsse (458 864 M. 80 Pf. gegen 293 258 M. 40 Pf. im Jahre 1880) und es sind auch noch am Schlusse des Jahres 1881 45 solche Anträge (gegen 19 am Schlusse 1880) zur Vertheilung verblieben.

Im Uebrigen ist

- 1) die im Jahre 1880 an die Generalcommission gelangte Wasserlaufsberichtigung (Berichtigung der Parthe zwischen Leipzig und Schönefeld) durch vermittelte Vereinbarung der Beteiligten vollständig erledigt worden und
2) eine weitere Wasserlaufsberichtigung (die Regulirung der Elster II. Strecke) zur Entscheidung zweiter Instanz nach Maßgabe von § 60 der Verordnung zu Ausföhrung des Gesetzes vom 15. August 1855 an die Generalcommission gelangt.

Wetterbericht des königl. sächs. Meteorologischen Instituts

Table with columns: 'Stationen', 'Wind', 'Wetter', 'Bemerkungen'. Lists weather conditions for various stations like Leipzig, Dresden, etc.

Die Internationale Anzeiger für... (Advertisement for international news or travel services)

Advertisement for 'Die Albert-Apotheke' located at 5 Porticus-Str. 5, Dresden.

Advertisement for 'Astrachan-Caviar' by H. E. Philipp, an der Kreuzkirche 2.

Advertisement for 'Parfümerien & Seifen' by Leo Bohlius, Coiffeur.

Gewinne 5. Klasse 101. Königl. Sächs. Landes-Lotterie.

Large table listing lottery prizes and winners, including names and amounts.

Bekanntmachung

Die vierjährige V. Vereinigung der Alten Herren von den Corps des Köseners S. C. Verbandes... (Official notice regarding a student association)

Advertisement for 'Neuheiten in feinen Kleiderstoffen' by B. HEPKE.

Advertisement for 'Motten' (moth prevention) by Hermann Roch.

Advertisement for 'Böhm. Butter' by Hermann Roch.

Advertisement for 'A. O. Richter', Königl. Sachs. Hoflieferant, Spitzen, Gardinen.

Dresdner Börse, 15. Mai 1882.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists various securities and their prices.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists various securities and their prices.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists various securities and their prices.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists various securities and their prices.

Dresdner Börse, vom 15. Mai. Bericht über den Verlauf der Börse...

Neueste Eisenbahn-Nachrichten.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists railway news and prices.

Wien, Montag, 15. Mai.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists market prices in Vienna.

Paris, Montag, 15. Mai.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists market prices in Paris.

London, Montag, 15. Mai.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists market prices in London.

Frankfurt a. M., Montag, 15. Mai.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists market prices in Frankfurt.

Berlin, Montag, 15. Mai.

Table with 2 columns: 12, 13. Lists market prices in Berlin.

Berlin, 15. Mai. (Privat-Verl. des Dresdner Journals) Die Börse war still...

Menz, Pekrun & Co., Bankgeschäft mit Wechselstube. Pragerstrasse 50 I.

Koppel & Co. Bank-Geschäft. Schloss-Strasse 19.

Abfahrt der Eisenbahngänge in der Richtung nach: Berlin, Leipzig, etc.

Familiennachrichten. Weibereit: Ein Knabe: Herr Richard Weibereit in Wien...

Wien, Montag, 15. Mai. (Schlussbericht) Die Börse war still...

Paris, Montag, 15. Mai. (Schlussbericht) Die Börse war still...

London, Montag, 15. Mai. (Schlussbericht) Die Börse war still...